



Beschlussbuch

Vollversammlung

14.02.2021

Unterbezirkskonferenz

29.02.2020

14.11.2020

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Arbeit (A)	3
A1 - Arbeitnehmer*innenrechte	3
A2 - Mindestvergütung für Freiwillige	4
A3 - Tarifpflicht für den Einzelhandel	5
Asyl- und Geflüchtetenpolitik (AF)	7
AF1 - Resolution - Keine Abschiebung nach Afghanistan	7
AF2 - Seenotrettung - Mehr als nur Symbolpolitik	9
Bildung, Schule und Hochschule (B)	10
B1 - Demokratie Zukunft geben - Umdenken im politischen Schulunterricht	10
B2 - Die konservative Forschungspolitik muss enden! Für eine Reform von Embryonenschutz- und Stammzellgesetz.	11
B3 - Praktikumsregelungen für die Fachhochschulreife anpassen – Praktikant*innen steht eine Vergütung zu!	15
Digitales & Medien (D)	16
D2 - USB-Schnittstellen zum Aufladen des Handys in den Bussen in der Region Hannover	16
Europa & Internationales (E)	17
E1 - Keine Solidarität mit dem Terror	17
E2 - Neue Akzente in der deutschen und europäischen Lateinamerika-Politik	20
E3 - Stoppt den kulturellen Genozid! Klare Haltung gegen Chinas Umerziehungslager.	23
E4 - Koalitionsvertrag und internationale Verpflichtungen einhalten – ODA Quote rauf!	26
Inneres & Faschismus (I)	28
I1 - Antisemitismusbeauftragte – Weiterentwicklung einer notwendigen Struktur	28
I2 - Errichtung einer*s Beauftragte*n gegen Rechtsextremismus	30
I3 - Einsetzen eines NSU Untersuchungsausschusses auf Landesebene	31
Feminismus (F)	32
F1 - Weil Feminismus keine Einbahnstraße ist – Antisexismus-Training für Funktionär*innen der Jusos Region Hannover	32
F2 - Überprüfung unserer Awarenessstrukturen	33
F3 - Verbesserung der Hilfsangebote für Betroffene von Vergewaltigung	34
F4 - “Catcalling” strafbar machen	36
Gesundheit (G)	37
G1 - Abschaffung der Kostenübernahme homöopathischer Behandlungen durch gesetzliche Krankenkassen	37
G4 - Regelungen zur künstlichen Befruchtung ins 21. Jahrhundert holen	38
Kommunales (K)	39
K1 - Gestalten und umsetzen, aufstellen und wählen – für die zukunftsfeste Kommune	39

K2 - Freifahrtschein. Jetzt. - Kostenloser ÖPNV für alle!	42
K3 - Die Wie-Für-Mich-Gemacht-Kommune: Wohlfühlräume schaffen statt Verbote und Verdrängung zu befeuern	43
K4 - Trinkbrunnen für alle hannoverschen Schulen	45
Organisationspolitik (O)	46
Verkehr (V)	46
V3 - Für ein besseres Stadtleben – Mobilitätskonzept zur Kommunalwahl 2021 schaffen	46
V4 - Standardausstattung von Kreuzungen und Querungen entlang der Velorouten	47
Wirtschaft & Finanzen (W)	49
W1 - Förderung von Vereinen bei der Finanzierung von Tartanbahnen	49
Sonstiges (S)	51
S1 - Ausnahmeregelungen für den Paintballsport	51
S2 - Gebt das Hanföl frei!	52
S3 - Waldersee umgestalten. Für lebendige Erinnerungspolitik in Hannover.	53
Umwelt und Verbraucher*innenschutz	54
U1 - Tiertransporte in der EU stoppen!	54
U3 - Schwarzer Kunststoff raus aus den Marktregalen	55
U4 - Bepflanzung von Flachdächern	56
U5 - Sozial gerechte CO2-Bepreisung durch einen nationalen Mindestpreis im Emissionshandel	57
Initiativanträge (INI)	60
INI 2: Kein Platz dem Faschismus! Für eine weltoffene Region Hannover.	60

A1	A1 - Arbeitnehmer*innenrechte
	Antragsteller*innen: Jusos Springe Weiterleitung an: Juso-Unterbezirksvorstand

Antragstext:

Wir fordern den Unterbezirksvorstand der Jusos auf, in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres 2021 einen Themenabend zum Thema Arbeitnehmer*innenrechte zu veranstalten.

Begründung:

Auf der UBK 2018 wurde ein solcher Antrag aus der Nordstadt beschlossen. Im Arbeitsprogramm fällt diesem Themenschwerpunkt eine besondere Gewichtung zu. Wir möchten uns intensiv im Rahmen des gesamten Unterbezirkes auseinandersetzen und mit den Erkenntnissen aus dem Antrag weitergehende Forderungen formulieren. In den letzten Jahren wurde immer wieder gesagt: „Es gibt den sogenannten Arbeiter nicht mehr, daher hat die SPD keine Zukunft!“ Dem möchten wir uns entschieden gegenüberstellen und uns detailliert mit dem Thema befassen. Es ist alles beim Alten. Aus unserer Sicht haben sich nur die Umstände geändert.

A2

A2 - Mindestvergütung für Freiwillige

Antragsteller*innen: Jusos Springe
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Bundeskongress, SPD Bundesparteitag,
Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Jugendliche und junge Erwachsene, die einen Freiwilligendienst leisten, sollten mindestens den Steuerfreibetrag für Minijobs in Höhe von 450€ in Form eines Taschengeldes

Begründung:

Aktuell liegt der Maximalbetrag je nach Träger und Art des Freiwilligendienstes zwischen 363€ bis 414€, jedoch sieht es in der Realität oft anders aus und Menschen die einen Freiwilligendienst ableisten erhalten teilweise weniger als 200€ im Monat für eine bis zu 40 Stundenwoche. Für Jugendliche und junge Erwachsene die noch bei ihren Eltern wohnen mag das funktionieren, jedoch müssen viele auch für ihr freiwilliges Jahr ausziehen. Diese erhalten zwar Unterstützung was vor allem die Unterkunft betrifft, jedoch wird dadurch meist das schon von vornherein niedrige Taschengeld weiter gekürzt und von dem erarbeiteten Geld wird praktisch alles für Fahrkarten und Lebensmittel ausgegeben. Die Freiwilligen sollten sich keinesfalls an dem ausgezahlten Taschengeld bereichern, jedoch ist es nötig, dass sie für ihren wichtigen Dienst den sie für die Gesellschaft leisten verhältnismäßig entschädigt werden.

A3

A3 - Tarifpflicht für den Einzelhandel

Antragsteller*innen: Jusos Seelze
Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz,
SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Wir Jusos fordern die Einführung einer Tarifpflicht für alle im Einzelhandel Beschäftigten Mitarbeiter*innen in Deutschland

Begründung:

Jeder kennt es, man geht arbeiten, um das Geld zu verdienen, das man benötigt um all jene Kosten zu tragen die im Leben nun mal so anfallen. Besonders in der Einzelhandelsbranche findet man zu viele Menschen die von morgens bis abends Vollzeit arbeiten, die tagtäglich Produkte und Dienstleistungen verkaufen, eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, und trotzdem neben der Vollzeitstelle noch arbeiten müssen.

Wozu Vollzeit arbeiten? Wozu jeden Tag früh aufstehen, in den Markt oder ins Versandlager fahren und abends erschöpft wieder nach hause kommen, wenn man mit dem Gehalt gerade so über die Runden kommt. Weshalb dieser ganze Aufwand? Diese Frage stellen sich viele Arbeitnehmer im Einzelhandel, zu viele unserer Meinung nach.

Das muss sich ändern!

Rund 1,3 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten im Einzelhandel. 64 % der Beschäftigten werden dabei nicht nach Tarifvertrag bezahlt. Noch düsterer sieht es in Ostdeutschland aus: 75 % der MitarbeiterInnen sind hier an keinen Tarifvertrag gebunden. Während Beschäftigte, die direkt bei den „Big Playern“ (Schwarz Gruppe, Rewe, Edeka, Aldi, ...) angestellt sind, nach Tarifvertrag bezahlt werden, finden eben genau diese Unternehmen Möglichkeiten, die Tarifbindung zu umgehen. Denn Franchise-Filialen, die von unabhängigen Unternehmerinnen geführt werden, können frei über die gezahlten Löhne verfügen. Bei Edeka sind das dadurch unglaubliche 80 % aller Märkte, bei Rewe 40 %, die so nicht mehr den Tariflohn garantieren. Auch in den anderen Einzelhandelsbranchen sieht es so aus z.B. bei den großen Kaufhausketten wie Karstadt oder Galeria Kaufhof. Die Unternehmer der Einzelhandelsgeschäfte erwirtschaften riesige Umsätze, während die ArbeitnehmerInnen, die die Gewinne erwirtschaften, mit Niedriglöhnen abgespeist werden. Zu oft sind keine Sonderleistungen, wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld vorhanden. Jemand der heutzutage im Einzelhandel arbeitet hat einen unglaublich stressigen Job. Es müssen undankbare Kund*Innen bedient und Aufgaben erledigt werden, die eigentlich für die doppelte Zahl an Arbeitskräften vorgesehen sind. Die personelle Unterbesetzung ist kein Missmanagement, sondern Taktik zur Gewinnmaximierung.

In diesen Berufen ist es normal, dass man körperlich belastbar ist, weil man nahezu jede Sekunde schwer tragen muss und auch den ganzen Tag über nichts anderes macht außer zu Stehen oder zu Laufen. Die Belastungen im Arbeitsalltag haben jedoch nichts mit gesunder Bewegung oder gar Sport zu tun – typische Arbeitnehmerkrankheiten wie

Rückenprobleme oder Migräne sind vorprogrammiert. Das dauerhaft erhöhte Stresslevel schafft dazu den Nährboden für psychische Erkrankungen.

Egal welche Entwicklungen Unmut in der Gesellschaft hervorrufen – MitarbeiterInnen im Einzelhandel sind meist die ersten, die es abbekommen. Aggressive Kund*Innen beschwerten sich über fehlende Produkte, angeblich fehlende Rabatte (Geiz ist schließlich geil!) oder machen auch mal die Kassiererin oder den Kassierer für die gesamte Unternehmenspolitik des Arbeitgebers verantwortlich. Der psychische Druck ist enorm. Randalierende Kund*Innen, Beleidigungen oder auch schlichte Verachtung gegenüber dem Personal sind keine Seltenheit.

Sätze wie:

„genau deswegen mein Kind, solltest du in der Schule gut aufpassen und fleißig lernen, damit du nicht wie die hier endest“ hat wohl schon jede*r Mitarbeiter*in im Einzelhandel gehört. Viele EinzelhändlerInnen wollen beraten, freundlich und aufmerksam sein und Spaß an Ihrem Beruf haben. Der unglaubliche Druck von oben, die Verachtung der Kundschaft und vor allem die viel zu niedrige Bezahlung machen einen Strich durch diese Rechnung.

Eine angemessene Existenzsicherung ist schon lange nicht mehr im Einzelhandel gegeben. Dabei gibt es bereits gute Tarifverträge, die von den Gewerkschaften erkämpft worden sind. Was aber bringen diese, wenn sie oftmals von den Unternehmen ignoriert werden? Es kann nicht sein, dass rund 1,3 Millionen ArbeitnehmerInnen von teilweise zwei Jobs nicht über die Runden kommen.

Wir Jusos fordern deshalb, dass die SPD, als Partei der Arbeitnehmer*Innen, sich dafür einsetzt, dass alle Beschäftigten im Einzelhandel ordentlich entlohnt werden und eine Tarifpflicht für den Einzelhandelssektor einführt.

AF1

AF1 - Resolution - Keine Abschiebung nach Afghanistan

Antragsteller*innen: Jusos Nordstadt
Weiterleitung an: SPD Regionsfraktion

Antragstext:

Wir sprechen uns klar gegen Abschiebungen nach Afghanistan aus.

Vom Dezember 2016 bis zum Juli 2019 wurden 547 Geflüchtete von Deutschland aus nach Afghanistan zurückgeführt. Das Joint-Way Forward Abkommen ebnete 2016 den Weg, mehr Geflüchtete aus der EU nach Afghanistan abzuschicken. In Afghanistan werden die Zurückgekehrten mit Gewalt, Terrorismus, und Armut konfrontiert. Afghanistan liegt im Ranking des Global Peace Index noch hinter Syrien auf dem letzten Platz und verzeichnete 2018 die meisten Kriegstoten weltweit. Der UNAMA-Report (Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan) vom Oktober 2019 protokollierte die höchste Anzahl von zivilen Opfern seit Beginn der Messungen in Afghanistan. Von Januar bis September 2019 forderten kämpferische Auseinandersetzungen zwischen Regierungsanhängern und Regierungsgegnern 8.239 zivile Opfer, 2.461 davon waren Kinder. Die Opferraten zwischen Juni und September überragten die vom vorherigen Jahr um 42 Prozent. 41 Prozent der Opfer sind dabei Frauen und Kinder. Aber die katastrophale allgemeine Sicherheitslage ist nicht das einzige, mit dem Rückkehrende umzugehen haben. Eine Studie vom September 2019 zeigt auf, dass 90 Prozent der aus Deutschland abgeschobenen Asylsuchenden nach ihrer Abschiebung Gewalterfahrungen machen mussten. Bezeichnend ist hier vor allem, dass 54,8 Prozent der Abgeschobenen Opfer von speziell gegen Rückkehrende gerichteter Gewalt wurden. Die Rückkehrenden werden in Afghanistan von breiten Teilen der Bevölkerung als „Verräter“, „Verwestlicht“ und „Ungläubige“ angesehen. Insbesondere die Taliban sehen die Rückkehrenden als Feinde verfolgen sie. Es kommt zu Entführungen, mehrtägigen Misshandlungen und anderen Vergeltungshandlungen durch die Taliban.

Aufgrund der Verfolgung von Rückkehrenden leben 89,9 Prozent der aus Deutschland abgeschobenen Personen in Verstecken und können sich keine Lebensgrundlage aufbauen. Die abgeschobenen Schutzsuchenden haben laut den neusten Erkenntnissen also innerhalb kürzester Zeit nach Ankunft in Afghanistan Gewalterfahrungen zu erwarten und werden neben den alltäglichen Kampfhandlungen und Anschlägen auch von speziell gegen sie gerichteter Gewalt bedroht.

Wir begrüßen die Haltung der SPD-geführten Landesregierung Niedersachsens, keine Ausweitung von Abschiebungen nach Afghanistan anzustreben. Gleichzeitig fordern wir den

die Länder und auch den Bund auf keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan anzustreben, solange sich die Sicherheitslage dort nicht umfassend und nachhaltig verbessert. Es ist aus unserer Sicht nicht tragbar Asylsuchende nach Afghanistan abzuschieben, da diese neben den allgemeinen Gefahren im vom Terror geprägten Land auch zusätzlich durch die explizite Verfolgung von Rückkehrenden gefährdet sind.

AF2

AF2 - Seenotrettung - Mehr als nur Symbolpolitik

Antragsteller*innen: Jusos MOZ

Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hannover (zur Kenntnis), SPD-Regionsfraktion (zur Kenntnis), Stadtverbandsparteitag

Antragstext:

Wir Jusos stehen solidarisch zu der Seebrücke und der zivilen Seenotrettung. Das bedeutet für uns, dass wir nicht müde werden zu betonen, dass das Sterben im Mittelmeer aufhören muss und wir es als Verpflichtung der Politik sehen, sichere Fluchtrouten zu schaffen. Seit dem 14.02.2019 ist die Region Hannover ein sicherer Hafen. Aber was bedeutet das konkret? Neben der Solidarität mit der Seebrücke oder der zivilen Seenotrettung in der Öffentlichkeit geht es auch darum zu signalisieren, dass man bereit ist mehr Geflüchtete aufzunehmen, als man müsste. Es bedeutet aber auch, nicht nur Akuthilfe zu leisten, sondern auch sich langfristig dafür einzusetzen, dass es Aufnahmeprogramme in den jeweiligen Bundesländern und Kommunen/Gemeinden gibt. Ebenso soll aktiv gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung vorgegangen werden, in dem nicht nur öffentliche Solidarität bekundet wird, sondern auch konkrete Patenschaften übernommen werden. Ein weiterer Punkt ist die Vernetzung der sicheren Häfen untereinander, nicht nur in Deutschland, sondern auch mit ähnlichen Organisationen und Netzwerken in ganz Europa. Die Voraussetzungen und Handlungen an einen sicheren Hafen sind nicht bindend. Das bedeutet, dass auch eine öffentliche Solidaritätsbekundungen für den Status eines sicheren Hafens ausreichen. Forderungen wie die Aufnahme von aus Seenot gerettete Menschen über die Quote hinaus (wozu sich die Region bereit erklärt, die Stadt jedoch nicht), aktive Unterstützung der zivilen Seenotrettung durch Patenschaften oder die Unterstützung von Aufnahmeprogrammen werden derzeit von der Region Hannover faktisch nicht umgesetzt, da sie sich nicht dazu verpflichtet haben. Diese Tatsache lässt den Schluss zu, dass der Status eines sicheren Hafens in diesem Fall mehr Schein als Sein ist und zur reinen Symbolpolitik dient. Dieses Vorgehen können wir als Unterstützer*Innen der zivilen Seenotrettung nicht gutheißen. Ein sicherer Hafen muss mehr sein, als eine Pressemitteilung.

Deshalb fordern wir die Region Hannover und die Stadt Hannover auf...

1. Dem Bundesinnenministerium und dem Bundesamt für Migration mitzuteilen, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen, über ihre Quote hinaus.
2. Die Debatte über ein Aufnahmeprogramm für Geflüchtete bei der niedersächsischen Landesregierung voranzutreiben
3. Ein menschenwürdiges Ankommen in der Kommune/Gemeinde sicherzustellen. Das bedeutet eine medizinische Versorgung und eine menschenwürdige Unterbringung. Wir brauchen hier eine selbstverständliche und umgehende Umsetzung dieser Forderungen
4. Eine Vernetzung mit anderen sicheren Häfen vorzubringen und eine enge Zusammenarbeit der sicheren Häfen auf nationaler und europäischer Ebene zu schaffen

B1

**B1 - Demokratie Zukunft geben - Umdenken
im politischen Schulunterricht**

Antragsteller*innen: Jusos Springe
Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz,
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Antragstext:

Wir fordern, dass der Politikunterricht in niedersächsischen Schulen „neu“ gedacht wird. Zuerst sollte das bestehende Fach Politik-Wirtschaft umgestaltet werden und ein solcher Politikunterricht sollte sich im Vordergrund mit den Möglichkeiten zur politischen Partizipation auseinandersetzen. Dabei sollte der Aspekt der kommunalen Politik vor allem im Vordergrund Politisch inhaltliche Diskussion sollten auch vertieft Einzug im Politikunterricht

Begründung:

Die aktuelle Gestaltung des Politik-Wirtschaft Unterrichts trägt stark zur Entfremdung von Politik bei. Oft wird über abstrakte Dinge im bundes- oder landespolitischen Zusammenhang gesprochen. Dabei sollte doch im Vordergrund stehen die Schüler*innen politisch zu bilden. So sollten die Schüler*innen zu aller erst lernen, welche Möglichkeiten jeder Bürger in einer Demokratie hat und wie diese Möglichkeiten genutzt werden können, um Demokratie zu leben. Eine solche Betrachtung würde in den Schülern aus unserer Sicht ein deutlich anderes Gefühl hervorrufen. Anstatt zu lernen, was in Berlin passiert, lernen die Schüler*Innen welche Möglichkeiten Ihnen geboten sind, um aktiv Ideen in die Gesellschaft einzubringen. Darüber hinaus sollen die Lerninhalte in einen Schulfach Politik deutlich definiert werden. In der Realität sieht es leider so aus, dass viele Lehrer*Innen den Politik-Wirtschaft Unterricht nutzen, um Inhalte zu erarbeiten, wie das Praktikum oder Methodenarbeit. Diese Zeit die dabei verloren geht, ist aber sehr wichtig und sollte genutzt werden um Schüler*Innen politisch zu bilden. Immer wieder berichten die Medien davon, dass viele Jugendliche kein Interesse an Kommunalpolitik haben, oder vielmehr nicht wissen, was der Stadtrat ist. Dieses Phänomen tritt unter anderen auf, da im Politik-Wirtschaft Unterricht häufig die Bundespolitik und Landespolitik betrachtet wird. Die Lokalpolitik, die eigentlich doch sehr wichtig ist, wird dabei meist komplett außer Acht gelassen. Doch gibt es so viele Möglichkeiten sich kommunalpolitisch einzubringen und Schüler*innen sollten darüber aufgeklärt werden. Bezogen auf die Kommunalpolitik haben alle Bürger*Innen eine Meinung. Unser Schulsystem hat die Pflicht Schüler*Innen zu lehren, wie diese Meinung auch in Taten umgesetzt werden kann. Wie gerade beschrieben haben alle Bürger*Innen eine politische Meinung. Politikunterricht in der Schule hat daher die wichtige Aufgabe Schüler*Innen zu lehren, wie das eigene Argument sachlich dargelegt werden kann. Daher sollten im Politikunterricht des Öfteren politische Diskussionen zu verschiedenen Themen stattfinden, um Schüler*Innen darin zu bestärken politisch zu partizipieren. Ein Besuch im Niedersächsischen Landtag sollte für alle Schulen in der Region Hannover in der neunten Klasse Pflicht sein.

B2

B2 - Die konservative Forschungspolitik muss enden! Für eine Reform von Embryonenschutz- und Stammzellgesetz.

Antragsteller*innen: Jusos Nordstadt
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag,
SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Als Jusos stehen wir fest hinter Forschungs- und Wissenschaftsfreiheit und hinter dem Versprechen des medizinischen Fortschritts, Heilung durch Forschung zu ermöglichen. Erhebliches Potenzial bietet dabei die Forschung an embryonalen Stammzellen. Im Gegensatz zu vielen anderen Industrienationen ist die deutsche Gesetzgebung hier jedoch von einem starren Konservatismus zugunsten des angeblich "ungeborenen Lebens" geprägt. Der Gewinnung embryonaler Stammzellen wird mit dem Strafrecht begegnet, die Freiheit der Wissenschaft wird eingeschränkt, aus Angst vor wissenschaftlichem Rückstand aber der Import von embryonalen Stammzellen in Ausnahmen erlaubt. Wir wollen eine grundsätzliche Abkehr von dieser konservativen Wissenschaftspolitik und Fortschrittsfeindlichkeit, die sich beispielsweise im Embryonenschutzgesetz und dem Stammzellgesetz äußert. Sie führt zu einer unverhältnismäßigen Einschränkung der grundgesetzlich verankerten Wissenschaftsfreiheit, einer Kriminalisierung von Forscher*innen und einer Einschränkung von Therapiemöglichkeiten. Sie basiert auf den gleichen Annahmen wie die Kriminalisierung von abtreibenden Personen oder Ärzt*innen, die Abtreibungen anbieten. Deshalb gehören das Embryonenschutzgesetz und Stammzellgesetz in ihren Grundsätzen reformiert.

Wir fordern:

- Die grundsätzliche Legalisierung der Gewinnung von embryonalen Stammzellen bis zu 14 Tage nach der Befruchtung (in Anlehnung an bspw. die belgische Gesetzeslage) zu Forschungszwecken. Dies gilt mindestens für überzählige In-vitro-Embryonen, die ohnehin keine Chance mehr auf reproduktive Verwirklichung haben.
- Eine solche Verwendung von Embryonen darf nur unter Einwilligung der Spender*innen des biologischen Materials erfolgen.
- Eine Einzelfallprüfung bei älteren Embryonen durch das Robert-Koch-Institut (RKI) als zuständige Aufsichtsbehörde
- Die Behandlung von Verstößen als Ordnungswidrigkeit und dadurch eine Entkriminalisierung von Stammzellforscher*innen
- Die Legalisierung von therapeutischem Klonen (nicht aber reproduktivem Klonen!) bei entsprechender Aufsicht und Lizenzierung durch das RKI, falls begründete Forschungsvorhaben mit überzähligen in-vitro-Embryonen nicht zu realisieren sind. Es gilt die oben aufgeführte zeitliche Beschränkung.

Forscher*innen sollen sich Gedanken darüber machen, wie sie zur Heilung von Menschen beitragen können, und nicht, wie sie vermeiden können, sich strafbar zu machen. Deshalb muss Deutschland endlich eine Abkehr von der konservativen Forschungspolitik der letzten Jahrzehnte vollziehen!

Begründung:

Seit ihrer Entdeckung 1981 in Mäusen und 1998 in Menschen sind embryonale Stammzellen Gegenstand eines Streit zwischen Lebensschützer*innen auf der einen und Wissenschaftler*innen auf der anderen Seite. Der Konflikt entlädt sich an ähnlich grundsätzlichen Fragen wie in der Debatte um Abtreibungen: Auf der einen Seite wird die Würde des ungeborenen Lebens ab dem Tag der Befruchtung beschworen, auf der anderen Seite wird die Selbstbestimmung der gebärenden Person (beim Thema Abtreibungen) bzw. die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Forschung und Wissenschaft geltend gemacht. Zusätzlich zum Verfassungsgut der Wissenschaftsfreiheit kommen Nützlichkeitsargumente hinzu, die zurecht auf das enorme Potential humaner embryonaler Stammzellen in der medizinischen Grundlagenforschung und in der therapeutischen Anwendung verweisen. Das Feld möglicher Anwendungsbereiche reicht von der Heilung chronischer Wunden bis zu Parkinson oder dem regenerativen Einsatz nach Herzinfarkten. Stammzellen sind seit ihrer Entdeckung zu einem zentralen Gegenstand der regenerativen Medizin geworden. Dieses Potential ist noch lange nicht ausgeschöpft und benötigt, insbesondere hinsichtlich der klinischen Anwendung, weiterhin intensive Forschung.

Hintergrund der ethischen Debatte ist, dass humane embryonale Stammzellen aus der inneren Zellmasse von Embryonen (ca. sechs Tage nach der Befruchtung) während der frühen Embryonalentwicklung gewonnen werden. In vielen Fällen geht das mit der Zerstörung des Embryos einher.

Rechtliche Situation in Deutschland

In Deutschland ergibt sich die rechtliche Situation der Stammzellforschung vor allem aus dem Embryonenschutzgesetz und dem Stammzellgesetz. Das Embryonenschutzgesetz stammt historisch aus dem Kontext der künstlichen Befruchtung und verbietet strafrechtlich die fremdnützige Gewinnung von Embryonen. Sprich: Embryonen dürfen im Labor lediglich erzeugt werden, um sie zur künstlichen Befruchtung einzusetzen. Auch übrig gebliebene, nicht verwendete befruchtete Eizellen, die bei der künstlichen Befruchtung nahezu immer anfallen, dürfen nicht für andere Zwecke wie beispielsweise die Forschung verwendet werden. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass der Embryo ab dem Zeitpunkt der Befruchtung als menschliches Leben zu betrachten ist und dementsprechend seine Menschenwürde geschützt werden muss. Das Embryonenschutzgesetz verbietet ebenfalls das Klonen, sowohl das regenerative Klonen (zur Klonung des Individuums) als auch das therapeutische Klonen (zu Forschungszwecken wie beispielsweise zur Gewinnung von Stammzellen, nicht aber zur Klonung des Individuums). Auch das Verbot der Eizellenspende, der Embryonenspende und der Leihmutterchaft sind im Embryonenschutzgesetz verankert.

Da das Embryonenschutzgesetz einige Unklarheiten lässt, ob nur die Gewinnung von embryonalen Stammzellen oder auch der Import embryonaler Stammzellen aus dem Ausland verboten ist, hat der Bundestag 2002 das Stammzellgesetz verabschiedet. Das

Gesetz verbietet strafrechtlich die Einfuhr und Verwendung embryonaler Stammzellen, lässt aber eine Ausnahme zu: Embryonale Stammzellen, die vor einem Stichtag gewonnen worden sind, dürfen importiert und zu Forschungszwecken verwendet werden. Diese Regelung stellt einen Kompromiss dar, um die deutsche Stammzellforschung nicht vollständig trockenulegen, aber gleichzeitig zu verhindern, dass der deutsche "Markt" im Ausland Anreize zur Gewinnung embryonaler Stammzellen schafft. Der Stichtag war ursprünglich der 1. Januar 2002, lag also vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, musste 2008 jedoch auf den 1. März 2007 verschoben werden, da sich der Forschungsstand inzwischen erheblich weiterentwickelt hatte, deutsche Wissenschaftler*innen darauf jedoch keinen Zugriff hatten. Völlig offensichtlich ist: Das Verschieben des Stichtags ist keine Lösung des zugrundeliegenden Problems. Das Problem wird lediglich aufgeschoben, um eine erneute Grundsatzdebatte zu vermeiden. Angesichts der wissenschaftlichen Dynamik kann eine solchen Fristenlösung nicht dauerhaft bestehen, sondern muss zwangsläufig in ein nahezu regelmäßiges Verschieben der Frist münden, was die eigentliche Zielsetzung des Gesetzes völlig konterkariert.

Der internationale Vergleich zeigt Deutschlands konservative Gesetzeslage

Deutschland hat für einen westlichen Staat eine auffällig restriktive Gesetzeslage. Der internationale Rechtsvergleich zeigt, dass die Tendenz zumindest zu einer Zulassung von überzähligen Embryonen aus der künstlichen Befruchtung für die Stammzellforschung geht. Belgien, Dänemark und England machen die Verwendung zu Forschungszwecken beispielsweise vom Alter des Embryos abhängig. Bis zu 14 Tage nach der Befruchtung darf dies erfolgen. Damit ist die Gewinnung embryonaler Stammzellen möglich, aber die künstliche Entwicklung des Embryos wird stark limitiert. Die Frage, ob Embryonen auch künstlich erzeugt werden dürfen, um dann aus ihnen Stammzellen zu Forschungs- oder therapeutischen Zwecken gewinnen zu können (sogenanntes "therapeutisches Klonen"), ist umstritten. Während das Verbot von reproduktivem Klonen (also das künstliche Zeugen genetisch identischer Individuen) weitestgehend Konsens ist, lassen einige Länder das Forschungsklonen im regulierten Rahmen zu. Großbritannien hat hierbei die freizügigste Gesetzgebung, beschränkt die Forschung jedoch auf einen Zeitraum bis 14 Tage nach der Befruchtung. Entsprechende Forschungsvorhaben müssen außerdem von der zuständigen Aufsichtsbehörde lizenziert werden. In Belgien dürfen Embryonen zu Forschungszwecken erzeugt werden, wenn die Stammzellen aus überzähligen Embryonen dazu nicht ausreichen.

Im internationalen Vergleich zeigt sich daher, dass eine progressive Forschungspolitik und Gesetzeslage nicht nur möglich, sondern vielerorts schon Realität sind. Horrorszenarien von geklonten Menschen oder Designerbabys sind hingegen nicht eingetreten.

Für uns Jusos kann die gegenwärtige Gesetzgebung aus mehreren Gründen nicht befriedigend sein:

1. Im Konflikt zwischen sogenannten "Lebensschützer*innen" und abtreibenden Personen haben wir uns immer mit letzteren solidarisiert. Die zugrunde liegende Prämisse ist, dass Embryonen nicht bereits ab dem Moment der Befruchtung die gleiche menschliche Würde innehaben wie geborene Personen und dass daher die Selbstbestimmungsrechte gebärender Personen für uns schwerer wiegen als die Rechte des Embryos. Folgerichtig muss die Abwägung bei der Stammzellforschung die Freiheit von Forschung und Wissenschaft über die Rechte eines Embryos in seiner sehr frühen Entwicklungsphase stellen. Schließlich hängt an der Forschungsfreiheit nicht nur Forschung als Selbstzweck, sondern therapeutisches

Potential für viele erkrankte Menschen. Ihre Heilungsaussichten mit dem Verweis auf die Rechte “ungeborenen Lebens” zu verschlechtern, kann mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar sein.

2. Das Embryonenschutzgesetz ist ein konservatives Gesamtpaket, das die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen beispielsweise durch das Verbot der Eizellenspende massiv beeinträchtigt. Dieses Paket muss aufgeschnürt und grundlegend reformiert werden.
3. Bei der künstlichen Befruchtung fallen ohnehin befruchtete Eizellen an, die nicht zur Befruchtung eingesetzt werden.
4. Die aktuelle Gesetzgebung ist in sich nicht schlüssig: Zwar wird einerseits die Gewinnung von embryonalen Stammzellen verboten, andererseits aber das Einfuhrverbot unter bestimmten Bedingungen ausgesetzt. Dieser Widerspruch verdeutlicht, dass es sich um einen halbhaften Kompromiss handelt.
5. Die Widersprüchlichkeit wird noch dadurch verstärkt, dass Deutschland auf europäischer Ebene das Forschungsprogramm Horizon 2020 mitfinanziert, das unter anderem auch die Forschung an embryonalen Stammzellen fördert, wenn die nationale Gesetzgebung dies erlaubt. Deutschland verbietet zwar die eigene Stammzellforschung, finanziert in anderen EU-Mitgliedstaaten aber selbige.
6. Die Gesetzgebung führt zur Kriminalisierung von Wissenschaftler*innen. Nach dem Embryonenschutzgesetz droht für die “missbräuchliche Verwendung” von Embryonen bis zu 3 Jahre Haft, für das Klonen (regeneratives wie therapeutisches) sogar bis zu 5 Jahre Haft. Selbiges gilt für den Versuch. Theoretisch würde sich auch ein*e ausländische*r Wissenschaftler*in strafbar machen, der sich beispielsweise in Deutschland bei einer Konferenz aufhält und währenddessen Anweisungen an sein Heimatlabor zur Gewinnung embryonaler Stammzellen erteilt. Forscher*innen, die mit embryonalen Stammzellen Krankheiten bekämpfen wollen, strafrechtlich zu verfolgen und im schlimmsten Fall ins Gefängnis zu stecken, ist völlig unverhältnismäßig, insbesondere wenn man bedenkt, dass Deutschland wie oben dargestellt selbst die Gewinnung embryonaler Stammzellen in anderen Ländern mitfinanziert. Verstöße sollten daher zukünftig lediglich als Ordnungswidrigkeiten behandelt werden.

B3

B3 - Praktikumsregelungen für die
Fachhochschulreife anpassen –
Praktikant*innen steht eine Vergütung zu!

Antragsteller*innen: Jusos Linden-Limmer
Weiterleitung an: Juso-Landeskonferenz,
SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Wir fordern die Landesregierung hiermit auf, dass die Praktikumsregelungen für die Fachhochschulreife dahingehend geändert werden, dass den Praktikant*innen somit eine Vergütung entsprechend der Mindestausbildungsvergütung zusteht, da für die Fachhochschulreife ein einjähriges Praktikum und eine Ausbildung gleichwertig sind.

Begründung:

Im Rahmen der Fachhochschulreife gibt es zwei Teile zu erfüllen: einerseits den schulischen Teil, der durch den erfolgreichen Abschluss der 12. Klasse erfüllt ist, andererseits den praktischen Teil. Dieser ist durch eine erfolgreich abgeschlossene, durch Bundes- oder Landesrecht geregelte Berufsausbildung, durch ein mindestens einjähriges geleitetes berufsbezogenes Praktikum oder durch Ableistung eines einjährigen sozialen oder ökologischen Jahres, eines einjährigen Wehr- oder Zivildienstes oder eines einjährigen Bundesfreiwilligendienstes erfüllt.

Während des praktischen Teils arbeiten die Praktikant*innen oftmals Vollzeit im Betrieb, dennoch steht ihnen laut den Regelungen der Fachhochschulreife weder eine Vergütung entsprechend dem Mindestlohn noch eine Aufwandsentschädigung zu. Es obliegt also dem Betrieb, ob er den Praktikant*innen eine Entschädigung zahlt. Wir finden, dass junge Menschen, die (oftmals) Vollzeit in einem Betrieb arbeiten genauso einen Anspruch auf eine Bezahlung haben.

D2

D2 - USB-Schnittstellen zum Aufladen des Handys in den Bussen in der Region Hannover

Antragsteller*innen: Jusos Ronnenberg
Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag,
SPD-Unterbezirksvorstand

Antragstext:

Wir fordern das Installieren von USB-Schnittstellen in allen neuen Bussen in der Region Hannover und eine Prüfung ob eine Nachrüstung bei den älteren Bussen möglich ist.

Begründung:

Das Smartphone ist in unserer modernen Gesellschaft eines der wichtigsten Gegenstände des alltäglichen Gebrauchs, nicht nur die Vernetzung mit anderen Menschen, sondern auch Zahlungsvorgänge, Recherchen, die Teilnahme am öffentlichen Diskurs, Navigation, etc. sind wichtige Funktionen für die wir auf ein Smartphone angewiesen sind. Entsprechend ärgerlich ist es wenn wir aufgrund eines schwachen Akkustandes auf die Nutzung dieser Funktionen verzichten müssen, entsprechend wünschenswert wäre die Installierung solcher Ladestationen um nicht auf solche Funktionen verzichten zu müssen.

E1	E1 - Keine Solidarität mit dem Terror
	Antragsteller*innen: Jusos Nordstadt Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Am 3. Januar 2020 wurde Qasem Soleimani durch eine US-amerikanische Drohne in Bagdad getötet. Seitdem ist eine Diskussion über die Konfliktlage im Nahen Osten entbrannt und oft wird behauptet, dass die Unberechenbarkeit des US-Präsidenten Donald Trump an der Eskalation schuld sei. Der Iran antwortete mit martialischen Drohungen und Attacken auf US-amerikanische Militärbasen und mit dem unbeabsichtigten Abschuss eines Passagierflugzeugs. Das irakische Parlament fordert den Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak, was den iranischen Einfluss weiter stärken würde. Für uns steht jedoch fest: Krieg und Eskalation herrschen in der Region nicht erst seit der Tötung Soleimanis. Im Gegenteil: Soleimani ist einer der Hauptverantwortlichen für das Sterben im Nahen Osten.

Qasem Soleimani und die Al Quds Brigaden: Architekten des Terrors

Qasem Soleimani war bis zu seinem Tod Kommandeur der Al-Quds-Brigaden und damit direkt dem iranischen Revolutionsführer und Staatsoberhaupt Ali Chamenei unterstellt. Er wurde als zweitmächtigster Mann des Irans gehandelt. Seine Brigaden, ein Teil der Iranischen Revolutionsgarde, dienen offiziell dem Export der Iranischen Revolution in der Region und bilden eine Spezialeinheit für extraterritoriale Aktionen. Ganz konkret heißt das, dass die Quds-Einheiten pro-iranische Milizen unter anderem in Syrien, im Irak, im Libanon, im Gazastreifen (Teile der Hamas und Islamischer Dschihad) und im Jemen mit Ausbildung, Waffen und Finanzierung unterstützt. Faktisch war Qasem Soleimani der Kommandeur eines ganzen Netzwerks aus iranischen Terroragenten im Ausland. Diese Stärkung und Steuerung von Milizen trägt zur Destabilisierung der Region bei und verhindert beispielsweise im Irak die Wiederrichtung eines staatlichen Gewaltmonopols. Qasem Soleimani als Architekten des Terrors zu bezeichnen, ist keine propagandistische Deutung: Angriffe auf amerikanische Militärbasen, auf die US-Botschaft in Bagdad und auf Israel legen Zeugnis vom Terror ab, den das iranischen Expansionsstreben erzeugt. Der Iran will durch nicht-staatliche Milizen seine Nachbarländer unterwandern und eine Vormachtstellung in der Region erringen. Soleimani war der Kopf hinter dieser Strategie.

Der schiitische Halbmond trauert? Eine Verzerrung der Wirklichkeit.

Seit seiner Tötung sind Medienberichte und politische Kommentare voll mit der Behauptung, die „schiitische Welt“ trauere um Soleimani. Es werden Aufnahmen von Menschenmengen im Iran und Irak gezeigt, die „Tod Amerika“ und „Tod Israel“ fordern. Vergessen werden die vielen tausend Menschen, die bis vor kurzem im Irak gegen den Einfluss des Iran und für die Souveränität ihres Staates demonstriert haben (unabhängig von ihrer Konfession).

Vergessen werden auch die Demonstrant*innen im Iran, die gegen ein korruptes, islamistisches Regime und die gegen katastrophalen Lebensbedingungen als Folge der iranischen Machtpolitik demonstriert haben. Vor allem wird vergessen, dass diese vielen Menschen unter Gefährdung ihres Lebens demonstriert haben: Iranische Sicherheitskräfte und vom Iran gesteuerte Milizen im Irak töteten hunderte Demonstrant*innen, tausende wurden verletzt und verhaftet. Der Kopf hinter diesem Terror gegen die iranische und irakische Bevölkerung: Qasem Soleimani.

Für uns steht fest: Wir stehen fest und solidarisch an den demokratischen Bestrebungen im Iran und im Irak. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht länger die Propaganda des iranischen Regimes verbreitet wird, sondern die Perspektive der unterdrückten Zivilgesellschaften in den Vordergrund rückt.

Die Drohne ist nicht die Wurzel des Übels

Häufig werden die USA für die Eskalation im Nahen Osten verantwortlich gemacht. Kritisiert werden kann mit Recht, dass die Tötung Soleimanis im Irak stattfand und den Irak in den Konflikt hineingezogen hat. Dass der Iran mit seinen verbündeten Milizen diese Eskalation bereits lange vorantreibt, wird jedoch von vielen Seiten ignoriert. In diesem Zug wirft die iranische Regierung den USA vor, gegen das Völkerrecht mit seinen Drohnenangriffen zu verstoßen. Mag dieser Vorwurf rechtlich betrachtet auch korrekt sein: Die Drohne ist nicht die Wurzel des Übels – sie ist die Konsequenz aus Jahren der asymmetrischen Kriegsführung, die maßgeblich vom Iran betrieben wird. Die klassischen Regeln der Kriegsführung werden von einem Iran ausgehebelt, der über nicht-staatliche Milizen nicht-staatliche Kriege führt. Von einem Iran, der seine Milizen zum Sturm auf die US-Botschaft aufhetzt und der unter dem fadenscheinigen Deckmantel verbündeter Terrororganisationen Israel beschießt. Von einem Iran, der als bewusste Strategie die Grenze zwischen Krieg und Frieden verwischt. Diese Strategie wurde von Qasem Soleimani perfektioniert. **Eine Glaubwürdigkeit des Völkerrechts im Nahen Osten kann nur erreicht werden, wenn die die verdeckte Kriegsführung des Irans und weiterer Staaten endet. Die Geltung des Völkerrechts auch im Nahen Osten ist unser Ziel.**

Terror auch innerhalb der iranischen Grenzen

Bei der Betrachtung des iranischen Vormachtstrebens darf nicht vergessen werden, dass der Iran nicht nur nach außen, sondern auch innen brutal agiert. Auch wenn sich der Iran als Islamische Republik bezeichnet, ist er faktisch ein diktatorisches Regime. Gewählt werden kann nur, wer von der Geistlichkeit zugelassen wird – wirkliche Alternativen zur amtierenden Clique stehen gar nicht erst zur Wahl. Es spricht Bände, dass Präsident Rohani in der politischen Landschaft des Iran als „gemäßigt“ gilt. Homosexualität wird im Iran mit dem Tode bestraft. Oppositionelle werden unterdrückt. Frauen werden – beispielsweise durch den Kopftuchzwang und andere Vorschriften – massiv in ihrer Lebensführung eingeschränkt und benachteiligt. Die außenpolitischen Abenteuer des Regimes verschlucken Unsummen an Geld, während die Armut und Inflation im Land rasant ansteigen und viele Iraner*innen unter katastrophalen Bedingungen leben. Gleichzeitig schaffen es einzelne Gruppen, sich massiv zu bereichern: Die Revolutionsgarden sind nicht nur ein entscheidender Bestandteil des Unterdrückungsapparats, sondern auch wirtschaftlich aktiv. Sie sind das größte Unternehmen des Landes! Sie zahlen keine Steuern, keine Zölle und werden bei staatlichen Großaufträgen bevorzugt. **Außenpolitische Militarisierung und innenpolitische Bereicherung sind im Iran zwei Seiten der gleichen Medaille, während die iranische Bevölkerung Not leidet.**

Wir kritisieren, dass seit der Tötung Soleimanis von vielen Seiten die Kritik an dem US-amerikanischen Vorgehen lauter war, als die Kritik an den iranischen Expansionsgelüsten. Bei allen berechtigten Diskussionen über die richtige Strategie stehen wir dennoch solidarisch an der Seite unserer transatlantischen Partner*innen. Wir stehen außerdem an der Seite aller Menschen, die im Nahen Osten für Freiheit und Demokratie eintreten. Die deutsche Außenpolitik muss endlich wieder Werte über Profite stellen. Der Wunsch nach Dialog und Verständigung darf nicht mit dem Ausverkauf der Rechte der Menschen im Nahen und Mittleren Osten, nicht auf dem Rücken der Sicherheit Israels und nicht mit Kleinbegeben gegenüber Diktaturen finanziert werden. Unser Ziel muss die Errichtung einer stabilen Sicherheitsarchitektur im Nahen Osten auf der Basis des Völkerrechts sein. **Keine Solidarität mit dem Terror!**

E2

E2 - Neue Akzente in der deutschen und europäischen Lateinamerika-Politik

Antragsteller*innen: Jusos Nordstadt
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag,
SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Wir Jusos fordern, dass die Länder Lateinamerikas wieder stärker in den Fokus der deutschen und europäischen Außenpolitik rücken. Dazu gehört für uns, dass eine engere kulturelle, bildungspolitische, wirtschaftliche und diplomatische Zusammenarbeit gibt. Gegenwärtig spielt Lateinamerika eine untergeordnete Rolle in der deutschen Außenpolitik. Wir fordern, dass die Bundesrepublik Deutschland und die Europäischen Union trotz ihrer vielfältigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen eine eigenständige, strategische und wertgeleitete Politik für Lateinamerika entwickeln.

Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Geschichte und natürlichen Randbedingungen teilen die Lateinamerikanischen Staaten vergleichbare Entwicklungen und Erfahrungen. Daher können große politische Linien Teil eines Konzeptes für eine neue Lateinamerika-Politik sein. Dennoch muss klar sein, dass jeder Staat Lateinamerikas eine einzigartige Geschichte und Kultur hat, die in einer Außenpolitik der Bundesrepublik und der EU zu berücksichtigen sind.

Kultureller Austausch kann dazu beitragen das Verständnis zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft zu verbessern. Daher fordern wir die kulturelle Zusammenarbeit zu intensivieren und zu verstärken. Dazu gehört eine Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Lebensrealitäten der Menschen Lateinamerikas. Dieser Austausch kann bereits auf der lokalen Ebene stattfinden.

Kontakte zwischen Vereinen vor Ort können gefördert werden um auf beiden Seiten des Atlantiks Menschen direkt zu erreichen und zu sensibilisieren. Um trotz begrenzter öffentlicher Mittel den kulturellen Austausch mit Lateinamerika zu verstärken können wie bei der Einrichtung des deutsch-französischen Kulturinstituts in Brasilien Synergien intelligent genutzt werden.

Während die Werte des Index für **menschliche Entwicklung** der Vereinten Nationen für die Staaten Lateinamerikas eine sehr positive Tendenz aufweisen – alle Länder sind 2018 als hoch oder sehr hoch entwickelt eingestuft – prägt eine starke Ungleichheit die sozialen Verhältnisse. Gerade die indigene Bevölkerung, Menschen afrikanischer Herkunft und Frauen sind von starken Diskriminierungen und Ausgrenzung betroffen. Hier sollte die deutsche und europäische Zusammenarbeit ansetzen um soziale Gerechtigkeit und die

Verwirklichung aller Menschenrechte zu fördern. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt so zum Beispiel bereits den Friedensprozess in Kolumbien. Doch auch in anderen Lateinamerikanischen Staaten sind Geschichte und Gesellschaft von abgeschlossenen, aber nicht überwundenen Konflikten geprägt. Der Umgang der chilenischen Regierung mit den sozialen Protesten bedarf einer kritischen und gründlichen Aufarbeitung. Europäische und deutsche Unterstützung können diese Prozesse begleiten und beraten.

Traditionell hat Deutschland seit jeher gute und langfristige Handelsbeziehungen nach Lateinamerika. Die **wirtschaftliche Zusammenarbeit** kann aber noch verstärkt werden, auch um den lateinamerikanischen Staaten ein demokratisches Gegenangebot zum wirtschaftlichen Engagement der Volksrepublik China zu machen. Angesichts der Digitalisierung sind die Rohstoffvorkommen Lateinamerikas von hoher Relevanz für das globale Wachstum. Bei der Förderung der Ressourcen – auch zugunsten Europas – muss sichergestellt werden, dass die Wertschöpfung zu großen Teilen in Lateinamerika erfolgen kann und die wirtschaftliche Entwicklung die soziale Spaltung des Kontinents nicht weiter verstärkt, sondern ihr entgegenwirkt. Bei allen Aktivitäten müssen die deutsche und europäische Wirtschafts- und Handelspolitik auf Nachhaltigkeit achten. Dies umfasst die Achtung der Menschenrechte, gute Arbeit, den Schutz der Umwelt und natürlichen Ressourcen. Unter diesen Gesichtspunkten ist auch das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten zu bewerten, anzupassen und ggf. auszusetzen. Des Weiteren hat auch das Land Niedersachsen eine besondere Verantwortung gegenüber Lateinamerika. Der Volkswagen-Konzern betreibt zur Zeit Werke in Argentinien, Brasilien und Mexiko. Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, ihren Einfluss durch die Beteiligung bei VW auch dafür zu nutzen, um die Achtung von Menschenrechte, die Repräsentant indigener Belegschaften und den Umweltschutz auch bei den Aktivitäten in Lateinamerika zu stärken. Die Firmenpolitik VWs darf sich nicht demokratisch fragwürdigen Regierungen anbieten.

Zuletzt soll der wesentlich Aspekt der Außenpolitik betrachtet werden, die **diplomatischen Beziehungen**. Lateinamerika hat, trotz vieler positiven Entwicklungen in den Jahren seit 2000, ein Roll-back erlebt. Staaten wie Venezuela versinken in Korruption, bürgerkriegsähnlichen Zuständen und Armut. Es wurde zu einem Staat der seine eigenen Bürger*innen leiden lässt und dabei im Namen des Sozialismus unter brutaler Herrschaft einer kleinen eingeschworenen Gruppe an Herrschenden nutzt. Die dadurch ausgehöhlte Legitimität der Regierung wurde geschickt durch eine reaktionäre und rechte Opposition genutzt, die vor allem Kapitalinteressen vertritt. Die EU und die Bundesrepublik Deutschland haben sich in diesem innerstaatlichen Konflikt sehr unglücklich positioniert und engagiert. Die Diplomatie und Außenpolitik sollten in erster Linie darauf hinwirken die humanitäre Lage zu verbessern und einen rechtsstaatlich adäquaten Übergang zu unterstützen.

Mit großer Sorge nehmen wir ebenfalls die Entwicklungen in Bolivien wahr. Auch hier hat die amtierende sozialistische Regierung Grundsätze der freien Wahlen und Meinungsäußerungen verletzt, wenngleich nicht in annähernd mit dem Zustand Venezuelas vergleichbar. Eine von weißen Evangelikalen geprägte Gegenbewegung zu Evo Morales Sozialist*innen versucht nun die Herrschaft zu erringen und spart dabei nicht an

rassistischen Ressentiments gegen die indigene Bevölkerung. Bereits jetzt wird von massiver (Polizei)gewalt gegen Anhänger*innen Morales und Indigene berichtet.

Seit der Wahl des rechtsextremen Jair Bolsonaro zum Präsidenten Brasiliens, entwickelt sich das Land in die falsche Richtung, besonders was den Umweltschutz, die Rechte von Minderheiten und die demokratischen Institutionen betrifft. Die ohnehin schon hohe Zahl der Toten durch Polizeieinsätze in den Favelas ist rapide angestiegen und die Erfolge in der Armutsbekämpfung drohen rückgängig gemacht zu werden.

Deutschland und Europa müssen diesen beispielhaften Entwicklungen des letzten Jahres auf der großen politischen Bühne entgegenwirken. Man muss dort wo es geht, Organisationen fördern und schützen, die diesen teils menschenverachtenden Entwicklungen unterbinden wollen und muss den Regierenden verdeutlichen, dass Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit auch in Lateinamerika ein wichtiges Ziel sind. Wir Jusos fordern, dass ein Abweichen von diesen Prinzipien und die Bereicherung einer kleinen Klientel auf Kosten der Bevölkerung nicht ohne Folgen bleiben dürfen. Unsere Solidarität gilt den Unterdrückten, den Kämpfer*innen für Freiheit und Gerechtigkeit und den Genoss*innen unserer Partnerorganisationen!

E3

E3 - Stoppt den kulturellen Genozid! Klare Haltung gegen Chinas Umerziehungslager.

Antragsteller*innen: Jusos Nordstadt
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag,
SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Mit den China Cables konnte das Internationale Netzwerk investigativer Journalist*innen beweisen, was schon länger vermutet wurde: In der Volksrepublik China wird mit einem staatlichen Lagersystem gegen die Uigur*innen und andere muslimische Minderheiten vorgegangen. Menschen werden ununterbrochen in ihrem Privatleben überwacht, mit Algorithmen bewertet und bei einem negativen Ergebnis in Umerziehungslager interniert. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu eine Million Menschen in diesen Lagern festgehalten und indoktriniert werden.

Der chinesische Überwachungsstaat zeigt sich in den Umerziehungslagern unbestreitbar von seiner menschenverachtenden Seite. Menschen wird die Freiheit geraubt, weil sie religiös sind, weil sie Bärte tragen, weil sie zu oft die Hintertür ihres Hauses benutzen oder eine App auf ihrem Smartphone haben, die sie an Gebetszeiten erinnert. Expert*innen kommen auf Basis der China Cables, die Geheimdokumente der chinesischen Regierung umfassen, zu einem klaren Ergebnis: Das Ziel der chinesischen Regierung ist ein kultureller Genozid. Die uigurische Kultur soll gewaltsam ausgelöscht werden. Die chinesische Politik gegen die Uigur*innen ist jedoch nicht nur deshalb so schockierend, weil sie auf einer menschenverachtenden Homogenisierungsideologie fußt, sondern weil sie tatsächlich auch die Mittel hat, um dieses Ziel zu erreichen. Dazu gehören vor allem die technischen Mittel, die eine nahezu uneingeschränkte Überwachung ermöglichen.

Wo ist die Weltgemeinschaft? Sie hat weggeschaut.

Obwohl die Offensive Pekings gegen die uigurische Minderheit bereits immer wieder diskutiert wurde, hat erst die Veröffentlichung der China Cables eine neue Dynamik in die Debatte um den staatlichen Terror Chinas gegen seine Bevölkerung gebracht. Dabei konnte es sogar Laien gelingen, die Lagerstrukturen zu erkennen: Sie waren bei Google Maps in Satellitenaufnahmen erkennbar. Es muss also davon ausgegangen werden, dass westliche Geheimdienste absichtlich weggeschaut haben.

Deutsche und europäische Verantwortung

Auch Deutschland trägt hier Verantwortung: Die deutsche Bundesregierung hat die Internierung einer Million Menschen ignoriert. Obwohl China nicht nur ein souveräner, sondern auch ein militärisch und ökonomisch mächtiger Staat ist, ist China kein unabhängiger Kosmos, der die Meinung der Weltgemeinschaft und anderer Wirtschaftsmächte ignorieren kann. Deutschlands Politik direkt gegenüber China, in der EU und in den Vereinten Nationen hat Einfluss auf die chinesische Politik. Diesen Einfluss gilt es zu nutzen.

Wir fordern...

- Dass die deutsche Bundesregierung und der deutsche Bundestag den kulturellen Genozid als solchen benennen und verurteilen
- Dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für eine wertegebundene Handelspolitik gegenüber China einsetzt. Das heißt: Das Ende des Lagersystems fordern und diesen Forderungen notfalls auch mit Sanktionen Nachdruck verleihen!
- Die Europäische Union die Regeln für den Export von Dual-Use-Gütern, insbesondere von Informationstechnologie, die zur Überwachung verwendet werden kann, deutlich verschärft. Hierauf muss Deutschland in seiner EU-Ratspräsidentschaft 2020 hinwirken.
- Umfassende Sanktionierung von Unternehmen und Einzelpersonen, die sich an der Internierung oder Überwachung beteiligen. Das gilt auch für deutsche Unternehmen.
- Eine neue Strategie im Umgang mit der chinesischen Diktatur. Das muss auch den Umgang mit chinesischen Konzernen wie beispielsweise Huawei betreffen.

Deutschland und Europa dürfen nicht aus ökonomischem Eigeninteresse die Augen vor dem Gulag-System verschließen, das in China herrscht!

Solidarität mit Tashpolat Tiyip

Tashpolat Tiyip ist Geograph und war Präsident der Xingjiang-Universität in Ürümqi. Auf dem Weg nach Deutschland zu einem Treffen mit Kollaborationspartnern am Leibniz Institut für Angewandte Geophysik in Hannover verschwand er plötzlich spurlos. Sechs Monate später wurde ihm in einem chinesischen Propaganda-Video vorgeworfen, die Köpfe der Student*innen zu vergiften, weil er zu viele uigurische Quellen verwendet habe. Im Video wird auch das Strafmaß verkündet: der Tod. Dieses Beispiel zeigt nicht nur die Absurdität und Willkür der Vorwürfe, die die chinesische Regierung erhebt. Es zeigt auch, dass die Deportationen selbst hier in Hannover noch spürbar sind. Menschen, mit denen man eben noch zusammengearbeitet hat, werden plötzlich verschleppt – für immer, wie zu befürchten steht. Wir solidarisieren uns deshalb mit Tashpolat Tiyip und anderen Wissenschaftler*innen, die vom chinesischen Staat terrorisiert werden, weil sie nicht bereit sind die Existenz der Uigur*innen in ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu leugnen!

Niedersächsische Verantwortung

In der autonomen Region Xingjiang, in der sich die Umerziehungslager befinden, ist auch ein niedersächsischer Autohersteller präsent: Volkswagen unterhält in Urumqi ein Werk in erzwungener Kooperation mit einem chinesischen Hersteller. Das Werk in der abgelegenen Provinz ist wirtschaftlich kaum rentabel, dafür aber Teil eines Deals mit der chinesischen Regierung. Das Werk in Urumqi ist der Preis für profitable Werke an der chinesischen Ostküste. Volkswagen befindet sich damit räumlich in unmittelbarer Nähe zur Verfolgung und Internierung der Uigur*innen, hat bis vor kurzem jedoch geleugnet, Kenntnis von einer solchen Politik zu haben. Das hatte beispielsweise der VW-Chef Heribert Diess noch im April bei der Shanghaier Automesse behauptet. Der ehemalige Konzernchef Winterkorn teilte Menschenrechtler*innen sogar mit, dass er von solchen Vorwürfen nichts wissen wolle. Dabei sind ein Viertel der Mitarbeiter*innen im Werk Angehörige von Minderheiten, ein Achtel sollen Uigur*innen sein. Dabei die chinesische Politik zu übersehen, erfordert schon sehr viel Entschlossenheit. Es bleibt die bittere Erkenntnis: Menschen werden in Lager gesperrt und ein niedersächsischer Konzern verschließt davor die Augen.

Doch VW schaut nicht nur weg. Der Konzern ist auch eine Kooperation mit der Bewaffneten Volkspolizei eingegangen. Diese paramilitärische Organisation ist der maßgeblich durchführende Akteur hinter den willkürlichen Verhaftungen, den Lagern und der

Zwangsarbeit. Das Abkommen sieht laut chinesischen Medienberichten militärisches Training und patriotische Erziehung für neue Werksmitarbeiter*innen vor.

VW bestreitet lediglich, dass militärisches Training stattgefunden hat. Das Abkommen selbst nicht. Damit hat sich der Konzern nicht nur unwissend gestellt, sondern die Politik gegen Minderheiten in China aktiv unterstützt. Von einem Unternehmen, das sich in seinen Verhaltensgrundsätzen gegen Menschenrechtsverletzungen stark macht, ist mehr zu erwarten. Von einem Unternehmen, das eine Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit bei VW während des Nationalsozialismus unterhält, ganz besonders.

VW aber ist kein Unternehmen wie jedes andere auch. VW ist durch das gleichnamige Gesetz erheblich mit dem Land Niedersachsen verflochten, das 20,2 Prozent der Aktien und damit eine Sperrminorität im Aufsichtsrat hält. Ministerpräsident Stephan Weil ist qua Amt Mitglied des VW-Aufsichtsrats. VW ist einer der wenigen Fälle, wo die Politik unmittelbaren Einfluss auf das wirtschaftliche Agieren eines Großkonzerns nehmen kann.

Deshalb fordern wir die niedersächsische Landesregierung und den Ministerpräsidenten auf, Konsequenzen aus den Enthüllungen der China Cables zu ziehen und die Beteiligung von Volkswagen an der menschenverachtenden chinesischen Politik nicht länger zu dulden! Die Vertuschung muss aufhören, die Beteiligung des Konzerns muss systematisch aufgearbeitet werden und die Kooperation mit der Bewaffneten Volkspolizei beendet werden! Der kulturelle Genozid in China muss gestoppt werden.

E4

E4 - Koalitionsvertrag und internationale Verpflichtungen einhalten – ODA Quote rauf!

Antragsteller*innen: Jusos Nordstadt
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag,
SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Wir Jusos fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, den Beschluss des Koalitionsvertrages mit CDU/CSU sowie die internationalen Zusagen der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (auch: Official Development Assistance – ODA) einzuhalten. Denn obgleich die Fortschritte der menschlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren sehr groß waren, bleiben immense Herausforderungen bestehen. Noch immer ist für signifikante Teile der Weltbevölkerung ein menschenwürdiges Leben mit ausreichend Nahrung, Wasser, Bildung, Gerechtigkeit und in Demokratie in weiter Ferne. Laut den Vereinten Nationen werden wahrscheinlich nur zwei der 2015 von der Weltgemeinschaft beschlossenen “Ziele für Nachhaltige Entwicklung” bis zum Jahr 2030 erreicht.

Der Handlungsbedarf ist also enorm und die Bundesrepublik Deutschland ist als eines der reichsten Länder dieser Erde in der Verantwortung zu einer gerechteren Verteilung des Wohlstandes in der Welt beizutragen. Doch selbst den selbstgesteckten Ansprüchen für Entwicklungszusammenarbeit wird die Bundesrepublik nicht gerecht

Zum einen versprach die Bundesrepublik Deutschland bereits vor fast 50 Jahren, innerhalb der folgenden fünf Jahre ihre Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Dieses Ziel wurde bisher lediglich im Jahr 2016 erreicht – weil bestimmte Ausgaben für Asylsuchende auf die ODA-Quote angerechnet werden konnten. Mit den folgenden Haushalten sank der Anteil wieder und lag für 2018 bei 0,61% (0,51% ohne Ausgaben für Asylsuchende).

Darüber hinaus haben SPD, CDU und CSU in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Mittel für “Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention, humanitäre Hilfe, Verteidigung und Bundeswehr [...] im Verhältnis 1:1 prioritär erhöht werden”. Für die bisherigen Haushalte der großen Koalition wurde dieses Ziel nicht erreicht. Aufgrund einer veränderten Berechnung verzeichnet die ODA-Mittel von 2017 nach 2018 einen leichten Rückgang, während die Ausgaben für Verteidigung um 4 Prozent stiegen. Laut Berechnungen des NGO-Dachverbandes VENRO stehen mit dem Haushalt 2019 einem Wachstum von 12 Prozent im Verteidigungshaushalt gestiegene ODA-Mittel in Höhe von 6% gegenüber. Die Planung für den Haushalt 2020 lässt eine deutliche geringere Abweichung vermuten – wobei auch hier der Verteidigungsetat leicht stärker wächst als die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention und humanitäre Hilfe.

Es ist an der Zeit, dass die Bundesrepublik Deutschland endlich ihrer Verantwortung für eine gerechte Welt, der Bekämpfung von Armut und der Linderung extremer Not im Umfang ihrer Leistungsfähigkeit nachkommt und ihre internationalen Verpflichtungen einhält.

In der Corona-Krise hat das BMZ schnell mit umfangreichen Programmen zur Bekämpfung der Pandemie und Milderung der Krise reagiert. Im aktuellen Haushalt sind zu unserer Erleichterung keine Budgetkürzungen im Bereich der ODA erfolgt. Um international

solidarisch aus der Krise zu kommen, sind allerdings große Kraftanstrengungen zur globalen Impfstoffverteilung notwendig. Wir fordern daher eine stärkere Förderung des COVAX-Programmes der internationalen Impfallianz Gavi durch die Bundesrepublik und die EU.

11

I1 - Antisemitismusbeauftragte – Weiterentwicklung einer notwendigen Struktur

Antragsteller*innen: Jusos MOZ
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

An Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, versucht in Halle ein rechtsradikaler Attentäter die Synagoge zu stürmen, um Jüd*innen zu töten. Der Versuch scheitert an der Tür der Synagoge, später tötet der rechtsradikale Attentäter eine Passantin und den Gast eines Döner-Imbisses. Nicht zuletzt dieser erschreckende Höhepunkt antisemitischer Gewalt – in diesem Fall ausgehend von militanten, vernetzten, rechten Strukturen in Deutschland – legt klar dar, was Jüd*innen schon lange in Richtung Sicherheitsbehörden, aber auch in die Politik kommunizieren: Antisemitismus ist keine abstrakte Bedrohung, sondern nimmt ganz konkret gewaltvolle Formen an, die eine Bedrohung für jüdisches Leben darstellen. Antisemitismusbeauftragte, die für die Gefahrenlage sensibilisieren und sich auch gegen latenten Antisemitismus einsetzen, sind daher unerlässlich. Da die Aufgaben von Antisemitismusbeauftragten oft Bereiche umfassen, die auch die Länder in ihren Aufgaben, u.a. in der Bildungspolitik, betreffen, müssen in allen Bundesländern entsprechende Stellen eingerichtet werden. Antisemitismusbeauftragte fehlen derzeit in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Hier müssen entsprechende Stellen eingerichtet werden. Es sollte außerdem ein enger Austausch zwischen den Antisemitismusbeauftragten der Länder und dem Antisemitismusbeauftragten des Bundes stattfinden. Um die politische Wichtigkeit der Antisemitismusbeauftragten zu unterstreichen und einen gewissen Handlungsspielraum einzuräumen, sollte eine Aufwertung vom Ehrenamt zum Hauptamt erfolgen. Die Antisemitismusbeauftragten sollten eine Vergütung sowie eine entsprechende strukturelle Ausstattung erhalten. Dabei denken wir an Mitarbeitende und ein angemessenes Arbeitsumfeld sowie eigene finanzielle Budgets. Die Antisemitismusbeauftragten der Länder und im Bund sollten nicht im Bereich Inneres angesiedelt sein. Verständlicherweise bestehen nach wie vor Berührungspunkte gegenüber deutschen Sicherheitsbehörden innerhalb jüdischer Gemeinden. Das ist vor allem auch auf die Aufdeckung rechter Strukturen, beispielsweise mit Blick auf den NSU, innerhalb der Polizei zurückzuführen. Von Antisemitismus Betroffenen nehmen die Sicherheitsbehörden oft nicht als schützende Exekutive wahr. Da Arbeit gegen Antisemitismus vor allem auch Arbeit im Bereich der politischen und schulischen Bildung ist, erscheint uns daher eine Ansiedlung im Bereich Kultus wünschenswert. Abschließend wünschen wir uns eine höhere Sichtbarkeit von jüdischen Personen im öffentlichen Leben. Wir wollen aktiv jüdische Stimmen zu Wort kommen lassen, da diese am besten erfassen können, was es bedeutet antisemitischen Vorurteilen und Drohungen ausgesetzt zu sein. Wir fordern die politisch Verantwortlichen

daher auf, die Stellen der Antisemitismusbeauftragten bevorzugt mit Menschen mit jüdischem Hintergrund zu besetzen.

Was wir konkret fordern:

- Mindestens eine*n ständigen Antisemitismusbeauftragte*n auf Bundesebene
- Die Verankerung von mindestens einer*einem Antisemitismusbeauftragten*Antisemitismusbeauftragtem in allen Bundesländern
- Die Antisemitismusbeauftragten sollen nach Möglichkeit im Bereich Kultus angesiedelt sein
- Die Überführung dieser Ämter vom Ehrenamt zum Hauptamt mit einer entsprechenden Vergütung und einer angemessenen strukturellen Ausstattung
- Die bevorzugte Einstellung von Menschen mit jüdischem Hintergrund im Rahmen von Neubesetzungen oder Neueinrichtungen von Stellen der Antisemitismusbeauftragten

I2

I2 - Errichtung einer*s Beauftragte*n gegen Rechtsextremismus

Antragsteller*innen: Juso-Unterbezirksvorstand 2019/2020

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Wir fordern konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen, die noch immer in verschiedensten Milieus Deutschlandweit zu finden sind. Aussteiger*innenprogramme und Präventionsprogramme richten sich meist an sozialökonomisch schwache und randständige Personen. Rechtsextremismus ist jedoch ein weitverbreitetes Phänomen, welches in allen gesellschaftlichen Schichten anzutreffen ist. Das Programm der SPD „Wir gegen rechts – Demokratische Ordnung stärken und verteidigen“ ist ein guter Anfang, verharrt aber im Allgemeinen. Konkret umgesetzt werden soll deshalb die Errichtung eine*r Beauftragte*n gegen Rechtsextremismus in allen staatlichen Institutionen. Diese Stelle soll von Angehörigen der Institution besetzt werden und dazu dienen, dass keine rechtsextremistischen Aussagen oder Handlungen länger toleriert werden. Es geht darum, dass es Ansprechpartner*innen gibt, an die Mann*Frau sich wenden kann, wenn rechtsextremistische Aussagen oder Handlungen innerhalb einer Institution auffallen.

13

I3 - Einsetzen eines NSU
Untersuchungsausschusses auf Landesebene

Antragsteller*innen: Jusos MOZ
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Wir fordern die Landesregierung Niedersachsen dazu auf, einen Untersuchungsausschuss zum NSU einzusetzen.

Begründung:

Zusammen mit Hamburg ist Niedersachsen das einzige Bundesland, in dem nach den Aufdeckungen rund um den NSU und dem anschließenden Prozess kein Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde. Angesichts der nach wie vor aktuellen Bedrohungslage durch rechte Netzwerke ist eine Aufarbeitung der Verbindungen von rechtsradikalen Netzwerken zum NSU sowie der in Niedersachsen eingesetzten V-Männer und -Frauen unerlässlich.

F1

F1 - Weil Feminismus keine Einbahnstraße ist
– Antisexismus-Training für Funktionär*innen
der Jusos Region Hannover

Antragsteller*innen: Jusos MOZ
Weiterleitung an: Juso-Unterbezirksvorstand

Antragstext:

Feminismus ist eine unserer drei Grundsäulen und wird oftmals trotzdem vernachlässigt. Feminismus ist etwas, was so „nebenbei“ passiert, immer irgendwie mitgedacht werden soll und Frauen*empowerment ist ein geflügeltes Wort in unserem Verband. Es besteht Einigkeit darüber, dass es in jeder Gliederung zu wenig Frauen* gibt, dass wir uns darüber Gedanken machen müssen, wie wir junge Frauen* besser in unsere politische Arbeit einbinden können. Alles Punkte, die richtig und wichtig sind, wenn wir über Frauen*empowerment sprechen. Genauso ehrlich müssen wir aber auch benennen, woran diese Arbeit oftmals scheitert oder nicht so erfolgreich verläuft, wie wir uns das wünschen würden. Die Tatsache, dass es auch in unseren Reihen ein Problem mit Sexismus und toxischer Männlichkeit gibt, muss hier als einer der Gründe genannt werden.

Das Kämpfen gegen patriarchale Strukturen ist keine Arbeit, die von Frauen* alleine getragen werden kann und sollte. Gegen patriarchale Strukturen vorgehen, bedeutet auch, das eigene Verhalten zu reflektieren, sich über männliche Privilegien in unserer Gesellschaft bewusst zu werden und einzusehen, dass das Problem an fehlenden Frauen* im Verband auch hausgemacht ist. Statt immer nur zu reden, muss gehandelt werden, statt die Probleme bei anderen zu suchen, muss bei sich selber angefangen werden. Deshalb fordern wir, dass alle Mitglieder des Unterbezirksvorstandes mindestens einmal im jeweiligen Vorstandsjahr ein verpflichtendes Antisexismus-Training absolvieren. Der Unterbezirksvorstand wird solche Trainings auch für die Funktionär*innen der AGs in der Region Hannover und weitere interessierte Mitglieder anbieten. Durch direkte Ansprache und geeignete Bewerbung soll eine gute Annahme des Angebotes sichergestellt werden.

Wünschenswert wäre hier das Auseinandersetzen mit:

- Bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Privilegien
- Reproduktion von Stereotypen in unserer Verbandsarbeit
- Einer guten und wertschätzenden Kommunikation untereinander, abseits
- Von männlich dominantem Redeverhalten und Mansplaining

Dazu sollen in der Regel externe Angebote genutzt werden. Erfahrene Genoss*innen von außerhalb oder jenseits des Juso-Alters können ebenfalls wertvolle Hinweise geben.

F2

F2 - Überprüfung unserer
Awarenessstrukturen

Antragsteller*innen: Jusos MOZ
Weiterleitung an: Juso-Unterbezirksvorstand

Antragstext:

Der Juso-Unterbezirk hat derzeit ein eigenes Awareness-Team, das nach bestimmten Grundsätzen der Antidiskriminierungsarbeit handelt. Da sich Strukturen vor allem in einem Jugendverband regelmäßig verändern und wir ebenfalls mit personeller Fluktuation zu kämpfen haben, sollten wir die Grundsätze unserer Antidiskriminierungsarbeit überprüfen.

Konkret bedeutet das:

- Überprüfung unserer derzeitigen Grundsätze im Bereich Awareness durch einen von der Juso-Vollversammlung einzusetzenden Arbeitskreis
- Wenn nötig, eine Überarbeitung und Neugestaltung unserer Grundsätze durch den Arbeitskreis
- Eine verpflichtende Schulung des Awareness-Teams und nach Möglichkeit auch des Juso-Unterbezirksvorstands hinsichtlich Antidiskriminierungsarbeit in politischen Verbänden
- Das Awareness-Team ist von einer Juso-Vollversammlung spätestens auf der zweiten Vollversammlung nach der Juso-Unterbezirkskonferenz zu wählen; die Mitglieder des Awareness-Teams sollen keine Mitglieder des Juso-Unterbezirksvorstands sein
- Das Awareness-Team stellt sicher, dass die Grundsätze unserer Awareness-Arbeit allen Mitgliedern bekannt sind
- Der Juso-Unterbezirksvorstand benennt mindestens eine Verbindungsperson, die als Teil des Awareness-Teams die strukturelle Erreichbarkeit und die Arbeit des Awareness-Teams sicherstellt

F3

F3 - Verbesserung der Hilfsangebote für Betroffene von Vergewaltigung

Antragsteller*innen: Unterbezirksvorstand 2019/2020

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

In Deutschland war fast jede siebte Frau* schon einmal von sexueller bzw. sexualisierter Gewalt betroffen. 13% der in Deutschland lebenden Frauen* haben seit ihrem 16. Lebensjahr strafrechtlich relevante Formen sexueller Gewalt erlebt. Dennoch werden nur 5% aller Sexualstraftaten angezeigt und nur 13 von 100 Anzeigen enden mit einer Verurteilung. Wir leben in einer sogenannten „Rape Culture“, also einer Gesellschaft, in der Vergewaltigungen abgewiegelt, toleriert und totgeschwiegen werden. Viel zu oft werden Betroffene zu Sexualobjekten degradiert oder es wird ihnen sogar die Verantwortung übertragen (man denke nur an den Satz: „Wer so einen kurzen Rock trägt, legt es schließlich darauf an.“). Dieser gesellschaftliche Umgang mit Vergewaltigung macht es für Betroffene noch schwerer, das ohnehin häufig traumatisierende Erlebnis zu verarbeiten. Vielen fehlt in der oftmals extrem vulnerablen Anfangsphase die nötige Unterstützung, ein Gang zur Polizei (der sicher nicht für alle der richtige Weg sein muss!) kostet Kraft, die so einfach nicht aufgebracht werden kann. Daher braucht es einen Wandel im Umgang mit Betroffenen von Vergewaltigung, es braucht mehr Hilfsangebote, eine funktionierende Infrastruktur und kompetente Unterstützung.

Bessere Ausbildung von Fachpersonal

Vergewaltigte Personen haben oft als erstes Kontakt zu Rechtsmediziner*innen, Frauenärzt*Innen oder Polizist*innen. Leider gibt es viele Berichte von Betroffenen, die diese Begegnungen als erniedrigend, traumatisierend und extrem einschüchternd beschreiben. Fragen, die gestellt und Untersuchungen, die ohne Erklärung durchgeführt werden, führen dazu, dass sich Betroffene noch schlechter oder im schlimmsten Falle sogar mitschuldig am Erlebten fühlen. Daraus folgt häufig, dass weitere Hilfsangebote nicht wahrgenommen werden aus Angst, wieder verletzt zu werden. Der unsensible Umgang mit Vergewaltigten durch Fachpersonal ist in erster Linie auf die marginale Beschäftigung mit dieser Thematik während der Ausbildung in den einzelnen Berufsgruppen zurückzuführen. Daher fordern wir eine deutlich ausgebaute Implementierung des Themas Vergewaltigung in der Ausbildung sensibler Berufsgruppen. Dies gilt insbesondere für Jurist*innen, Mediziner*innen und Polizist*innen.

Ausbau der Hilfsangebote

Vor allem in Großstädten gibt es Vereine, die sich auf die längerfristige Betreuung und Beratung von Betroffenen von Vergewaltigung spezialisieren und eine engmaschige Unterstützung gewährleisten können. So helfen sie unter anderem bei der Vermittlung von Therapieplätzen, bieten Gruppengespräche an oder begleiten Betroffene beim Gang zur

Polizei oder zu Anwält*innen. Diese Art der Unterstützung ist extrem wichtig und für viele durch nichts zu ersetzen. Leider gibt es solche Angebote in kleineren Städten oder gar auf dem Land so gut wie gar nicht. Das bedeutet, dass vergewaltigte Personen dort entweder einen unter Umständen sehr weiten Weg bis zur nächsten Beratungsstelle zurücklegen müssen, oder schlichtweg von solchen Unterstützungsangeboten abgeschnitten sind. Dieser Zustand ist untragbar! Alle Betroffenen sollten einen Zugang zu professioneller Unterstützung haben, unabhängig vom Wohnort.

Daher fordern wir einen deutlichen flächendeckenden Ausbau von Beratungs- und Hilfestellen für von Vergewaltigung Betroffene.

Schluss mit „Familiendramen“

Um endlich einen angemessenen Umgang mit Vergewaltigung zu etablieren, müssen wir auch sensibler in unserer Sprache werden. Wenn Medien von „Familiendrama“ schreiben, wenn ein Ehemann seine Frau und Kinder jahrelang misshandelt hat, führt das zu einer Verharmlosung des Themas. Ein Drama findet auf der Bühne statt, eine Vergewaltigung ist real. Ebenso muss Schluss damit sein, zuallererst die Ankläger*innen dazu aufzufordern, ihre Glaubwürdigkeit zu beweisen. Bei der öffentlichen Behandlung von (prominenten) Fällen wird statt einem Interesse an echter Aufklärung häufig zuerst die Glaubwürdigkeit der Betroffenen in Zweifel gezogen. Betroffene von Vergewaltigung sind häufig emotional instabil, es ist extrem wichtig für sie, Unterstützung zu erfahren. Das letzte, was sie brauchen ist ein Kampf um die eigene Glaubwürdigkeit. Dazu fehlt oft die Kraft.

Daher fordern wir eine Ergänzung des Pressekodex, wonach Vergewaltigungen und andere Gewaltverbrechen innerhalb von Familien nicht verharmlost und die Aussagen Betroffener nicht zuallererst in Zweifel gezogen werden.

F4

F4 - "Catcalling" strafbar machen

Antragsteller*innen: Jusos Springe
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Antragstext:

Wir fordern, dass „Catcalling“, also verbale sexuelle Belästigung, einen eigenen strafrechtlichen Tatbestand bekommt.

Begründung:

Laut einer Studie wurden bereits mehr als 2/3 aller Frauen verbal sexuell belästigt. Dies fängt mit einem Anpfeifen an und hört mit objektifizierenden und beleidigenden Aufforderungen zum Geschlechtsverkehr auf. Das im Jahr 2020 damit Schluss sein sollte, ist Konsens und trotzdem kommen die Täter oftmals straffrei davon, was zu großem Teil auch am Fehlen eines Tatbestandes liegt. So stellen alle Straftatbestände zum Thema sexuelle Belästigung im Strafgesetzbuch auf ein Anfassen ab, allerdings beginnt sexuelle Belästigung nicht erst bei einer Hand auf dem Bein, sondern schon bei eben diesen Aufforderungen oder Hinterherrufen. Weiter denken wir, dass ein solcher Tatbestand eine präventive Wirkung hätte, da Täter dadurch wüssten, dass sie sich nicht mehr in einem rechtlichen Graubereich bewegen, sondern eindeutig im Abseits stehen. Auch ist uns bewusst, dass ein solcher Tatbestand keines Falls das Grundproblem des Sexismus und der sexuellen verbalen Gewalt löst, jedoch halten wir einen solchen Tatbestand für einen Schritt in die richtige Richtung allein für den Schutz der Betroffenen.

G1

G1 - Abschaffung der Kostenübernahme
homöopathischer Behandlungen durch
gesetzliche Krankenkassen

Antragsteller*innen: Jusos Vahrenwald-List
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Wir fordern, homöopathische Behandlungen jeglicher Art aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen zu streichen. Gesetzliche Krankenkassen werden von Arbeitnehmer*innen und –geber*innen, sowie zusätzlich durch staatliche Steuereinnahmen finanziert, es gilt hier also das Solidarprinzip. Zu einem verantwortlichen und gerechten Umgang mit diesen Geldern gehört auch, ausschließlich solche Gesundheitsleistungen finanziell zu fördern, denen ein Wirkungsnachweis zugrunde liegt. Da dieser für Homöopathika sowie homöopathische Behandlungen jeglicher Art explizit nicht gilt, ist eine Förderung dieser Behandlungen durch den öffentlichen Gesundheitsfonds nicht zu rechtfertigen.

Wir fordern daher den für den Leistungskatalog verantwortlichen G-BA (Gemeinsamer Bundesausschuss) auf, homöopathische Leistungen zu streichen. Darüber hinaus fordern wir einen Stopp für die Neuzulassung von Homöopathika, indem wir die gesetzliche Lage, welche diese von ihrem Wirksamkeitsnachweis befreit, ablehnen.

Begründung:

Homöopathische Arzneimittel sind umstrittene Medikamente, deren Wirkung über einen Placeboeffekt hinaus nicht durch wissenschaftliche Studien belegt werden kann. Ein Placebo ist ein Scheinmedikament, das bei Nutzer*innen zwar zu einer messbaren Verbesserung physischer oder psychischer Befindlichkeiten führen kann, aber keine pharmakologisch wirksamen Inhaltsstoffe enthält. Jedem Menschen ist es selbstverständlich selbst überlassen, das Angebot homöopathischer Mittel durch private Finanzierung anzunehmen oder nicht, jedoch sollten Behandlungen, deren Wirksamkeit bis heute nicht durch Studien bewiesen werden konnten, auch nicht durch das ohnehin chronisch unterfinanzierte öffentliche Gesundheitssystem bezahlt werden. Insbesondere im Zuge des demographischen Wandels werden in den nächsten Jahrzehnten enorme Mehrkosten auf das deutsche Gesundheitssystem im Allgemeinen und damit auch auf die GKVen zukommen, sodass die Finanzierung von teuren Placebos nicht vertretbar ist. Es muss zuallererst sichergestellt sein, dass jene ärztlichen und medikamentösen Behandlungen durch den Leistungskatalog der GKVen abgedeckt werden, die auf fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen.

G4

G4 - Regelungen zur künstlichen Befruchtung ins 21. Jahrhundert holen

Antragsteller*innen: Jusos Vahrenwald-List
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Wir fordern:

1. Die vollständige Kostenübernahme aller Behandlungen zur künstlichen Befruchtung durch die gesetzlichen Krankenkassen, sofern diese für medizinisch notwendig erachtet werden.
2. Den uneingeschränkten Zugang eines gebärfähigen Menschen zu allen Behandlungsschritten der künstlichen Befruchtung, unabhängig von Beziehungsstatus oder Familienstand.

Begründung:

Dank der verschiedenen Techniken der künstlichen Befruchtung ist es möglich, Paaren ihren unerfüllten Kinderwunsch zu ermöglichen. Diesem Prozess geht oftmals eine lange Phase aus Frustration, Versagensängsten oder Schamgefühl voraus, die viele Paare an die Grenzen ihrer Belastbarkeit bringt. Eine künstliche Befruchtung ist für die Betroffenen die einzige Chance, ein eigenes Kind auf die Welt zu bringen. Gleichzeitig ist der Eingriff mit Kosten von mehreren tausend Euro sehr teuer, sodass die meisten auf Unterstützung durch ihre Krankenkassen angewiesen sind. Die gesetzlichen Krankenkassen tragen aber oftmals nur 50% der Kosten, sodass es sich Menschen aus weniger wohlhabenden Verhältnissen eventuell schlicht nicht leisten können, ein Kind zu zeugen. Außerdem wird die Behandlung von GKVn nur unterstützt, sofern das betroffene Paar verheiratet ist. Die aktuelle Gesetzgebung sorgt damit dafür, dass nicht alle Personen gleichermaßen Zugang zu der Behandlung für eine künstliche Befruchtung erhalten. Klar ist: Eine künstliche Befruchtung darf keine Frage des Geldbeutels sein und eine Heirat ist kein Maßstab dafür, wie geeignet ein Paar ist, ein gemeinsames Kind zu bekommen.

K1

K1 - Gestalten und umsetzen, aufstellen und wählen – für die zukunftsfeste Kommune

Antragsteller*innen: Jusos MOZ
Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion,
SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Wir fordern, lokale Klimaschutzpläne, die insbesondere den Aspekt sozialer Teilhabe stärken und nicht ausschließen, Gestaltung des öffentlichen Raums als generationsübergreifende Plattform. Hier muss insbesondere mit kritischem Blick das Label der "autogerechten Kommune" hin zur "Bürger*innen-gerechten Kommune" „gewandelt“ werden, die gleichermaßen Platz für alle bietet. Ausbildungsvernetzung, die insbesondere Anreize zur Aufnahme von Ausbildungen vor Ort schaffen soll, damit wir unsere Kommunen mit dem Potential der jungen Generationen ausgestalten lokale Integrationspläne, die jungen Migrant*innen einen direkten und unproblematischen Übergang in Zukunftsbranchen ermöglichen.

Begründung:

Kommunalwahlen sind für uns Jusos immer wieder eine besondere Chance und Verantwortung zugleich. Denn die Vertretung in den kommunalen Gremien ermöglicht ganz konkreten Einfluss auf die Politik, die am nächsten am Leben der Bürger*innen ist. Ob Sozialpolitik in Form von ÖPNV oder kulturellen Angeboten bis hin zu Jugendpolitik in konkreter Gestalt von Fragen des öffentlichen Raums oder Freizeiteinrichtungen, wie beispielsweise Schwimmbädern oder öffentlichen Bibliotheken. Eine zukunftsfeste Kommune kann nur mit einem generationsübergreifenden Blick gestaltet werden.

Deshalb werden wir im Rahmen der Kommunalwahlen 2021 als Jusos zwei wichtige Anliegen in den Blick nehmen:

1. Wir müssen konkrete Forderungen aufstellen und in die Wahlprogramme der SPD integrieren, die den Blick auf die jüngeren Generationen erweitern.
2. Wir müssen junge Menschen für die Parlamente, Räte und Versammlungen aufstellen und sie im Wahlkampf unterstützen, sodass sie den Einzug in die jeweiligen kommunalen Parlamente schaffen.

Gestalten und umsetzen:

Als Jusos sehen wir, wie sich die politische Debatte auch vor Ort verschiebt. Zum einen in eine rechtspopulistische Richtung, zum anderen aber auch mit Fokus auf Fragen der Klimapolitik.

Die Jugend fokussiert sich zunehmend auf klimapolitische Forderungen und akzeptiert dabei einen voranschreitenden Bruch mit den älteren Generationen. Die wiederkehrende Unterstellung: Die ältere Generation erkenne das Ausmaß der Folgen des Klimawandels nicht an und ergreife keine Maßnahmen, um diesem etwas entgegenzusetzen. Dabei wird gerade von Seiten der Grünen der kompromisslose Energiewandel ausgerufen, ohne jedwede soziale Dimension einzubeziehen. Mittlerweile fühlen sich daher junge Eltern und Berufseinsteiger*innen von den Grünen zurückgelassen. Es gibt keinen Platz für die drängenden sozialen Probleme, die Familien oder beim (scheiternden) Einstieg ins Berufsleben für junge Menschen auftreten. Hier sind es die konservativen Kräfte, die auf den ersten Blick Abhilfe und schnelle, aber zumeist wenig nachhaltige Lösungen versprechen. Für uns Jusos ist klar, was die Kraft des sozialen Zusammenhalts, die die Brücke zwischen bekannten Politikfeldern, wie Sozial- oder Wirtschaftspolitik, zu neuen Herausforderungen, wie denen der Klimapolitik, schlagen kann, bedeutet. Hier dürfen wir nicht in Floskeln verfallen. Nur mit konkreten Forderungen, die wir nach draußen und an unsere Mutterpartei tragen, werden wir junge Wähler*innen ansprechen.

Der ÖPNV ist einer der großen ungenutzten Chancen vor Ort, um etwas für die Umwelt zu tun. Der größte Erfolg der Jusos Region Hannover, die Einführung der Jugendnetzkarte, ist jetzt ungefähr zwei Jahre her. Wir haben damit die Möglichkeit geschaffen, dass junge Menschen mit der Möglichkeit der fast kostenfreien Nutzung des ÖPNVs aufwachsen und sich auch in Zukunft deshalb gegen ein Privat-Auto entschieden .

Als Schüler*in ist man zudem am abhängigsten von den finanziellen Mitteln der Eltern – auch bei dem günstigen Preis von 15 Euro für die Jugendnetzkarte. Diese Abhängigkeit bedeutet auch, dass Teilhabe an Freund*innenschaften genau wie die eigenverantwortliche Gestaltung der Freizeit von den Mitteln der Eltern abhängt. Die meisten Schüler*innen werden bis zur Sekundärstufe II mit einem Ticket zur Schule ausgestattet, haben aber nicht die Möglichkeit, dieses auch weiter privat zu nutzen. Wir fordern daher, dass Schüler*innen jeden Alters den ÖPNV in der Region Hannover bis spätestens 2025 kostenlos nutzen können. Die Weiterentwicklung des Angebots der Jugendnetzkarte ist daher unsere Kernforderung für die kommende Kommunalwahl. Zudem wollen wir einen besonderen Blick auf die nachhaltige Kommune werfen.

Aufstellen und wählen

Die Überalterung der politischen Debatte ist ein drängendes Problem der repräsentativen Demokratie. Es ist nur ein Mythos, dass die Jugend heute weniger politisch sei. Das Problem ist jedoch, dass klassische kommunale Rätearbeit bei jungen Menschen ein angestaubtes Image genießt, welches den Möglichkeiten der Ebene nicht gerecht wird. Entsprechend sehen sich Jugendliche selbst nicht repräsentiert unter den meist älteren Ratsherren und Ratsfrauen.

Als Jusos werden wir deshalb konkret junge Menschen in den Vordergrund stellen. Die Erneuerung unserer Partei und auch der Kommunalpolitik darf kein Lippenbekenntnis sein. Mit der Vertretung und dementsprechend Einbeziehung von Ideen aller Generationen können wir unsere Kommune auf noch sicherere Beine stellen. Und genau das wird für uns Anspruch sein, auf die Straße zu gehen und für die SPD Wahlkampf zu machen.

Wir fordern daher von der SPD mindestens eine junge Person auf einen der ersten drei Plätze der jeweiligen Kommunalwahlliste zu setzen. Ferner soll eine grundsätzliche Quote von einem Drittel von Personen, die durch die Jusos vorgeschlagen werden, gelten.

K2

K2 - Freifahrtschein. Jetzt. - Kostenloser ÖPNV für alle!

Antragsteller*innen: Jusos Nordstadt
Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion,
SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Der Beschluss der Jugendnetzkarte war ein großer Erfolg für die SPD und insbesondere für uns Jusos. Wir können stolz darauf sein, dass nun junge Menschen für 15 € im Monat quer durch unsere Region Hannover fahren können – von Springe nach Neustadt – von Barsinghausen nach Burgwedel. Junge Menschen sind unabhängiger geworden.

Die ursprüngliche Juso-Forderung dürfen wir dabei aber nicht aus den Augen verlieren: Wir wollen den Freifahrtschein! Unsere Vision bleibt ein kostenloser ÖPNV für alle!

Begründung:

Am 30.11.2019 hat der GVH den Gratis-fahr'n-Tag durchgeführt. Der Tag hat gezeigt, dass es trotz der kostenlosen Nutzung keinen Zusammenbruch des ÖPNVs gegeben hat – und das an einem Adventssamstag. In der Vergangenheit wurde dieses Argument regelmäßig von Menschen als Gegenargument in der Debatte angeführt. Der Tag hat dieses Argument eindeutig entkräftet.

Wenn wir einen kostenlosen ÖPNV wollen, kostet dies eben der Region Hannover auch Geld, aber an diesem Argument sollte unsere Vision nicht scheitern.

K3

K3 - Die Wie-Für-Mich-Gemacht-Kommune:
Wohlfühlräume schaffen statt Verbote und
Verdrängung zu befeuern

Antragsteller*innen: Jusos Nordstadt
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Landeskonferenz, SPD-Stadtverbandsparteitag,
SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Wir fordern SPD-Mandatsträger*innen aller Ebenen dazu auf, sich bei öffentlichen Bauvorhaben und Quartiersentwicklungen für eine beteiligungsorientierte Schaffung von Wohlfühlräumen einzusetzen. Im öffentlichen Raum muss für alle Menschen Sicherheit bestehen – aber dies nicht nur im Sinne von Polizeipräsenz und positiver Kriminalstatistiken, sondern es muss auch für alle Wohlbefinden im Sinne von Awareness subjektiv empfunden werden. Öffentliche Wohlfühlräume werden diesem Anspruch gerecht.

Ihr Gegenteil – Angst- und Gewalträume – ist ein weit verbreitetes Problem im öffentlichen Raum. Sie zu relativieren, zu stigmatisieren oder gar zu negieren wird dem Problem nicht gerecht. Auch die bloße Erhöhung von Polizeipräsenz oder die Ausweitung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum sind nicht hilfreich, um dieses Problem nachhaltig zu lösen.

Begründung:

Wohlfühlräume stehen zum einen für weitgehend konfliktfreie und barrierefreie öffentliche Räume mit einem vielfältigen Angebot für alle, die unter Beteiligung von Bürger*innen innerhalb einer Nachbar*innenschaft gestaltet werden. Sie sind aber andererseits auch der Gegenbegriff zu Angst- und Gewalträumen, die für bestimmte Gruppen ein Unsicherheitsgefühl oder sogar Abschreckung bedeuten. Vor allem dunkle Ecken, Baustellen, Verdreckung, unangenehmer Geruch und nicht ausgeräumte Nutzungskonflikte verschiedener Gruppen im öffentlichen Raum begünstigen Angst- und Gewalträume immens. Dem setzen öffentliche Wohlfühlräume eine offene, übersichtliche, gut beleuchtete und auf die Nutzung der ansässigen Menschengruppen abgestimmte Bauweise entgegen. Darüber hinaus fördern Beteiligung und die verstärkte Belebung von Wohlfühlräumen die soziale Verantwortung und die Sensibilität der Anwohner*innen.

Leider liegt in der öffentlichen sowie in der politischen Debatte viel zu oft der Fokus darauf, wie man bestimmte Gruppen aus öffentlichem Raum ausschließt oder wie man öffentlichen Raum am besten vermarkten kann. Beispiele sind hierfür Alkoholkonsumverbote im Nah- und Fernverkehr oder auch die Verdrängungsdebatten um – vor allem bei jungen Menschen – beliebte Orte. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist einer der zentralen Aufgaben unserer Kommunalpolitik, aber bezahlbarer Wohnraum nutzt nicht viel, wenn er in keinem

liebens- und lebenswerten Quartier entsteht bzw. wenn im Kontext neuer Wohnviertel nicht solche Quartiere entstehen.

Vor allem in der Stadt Hannover haben wir mit den Stadtbezirksräten politisch legitimierte Gremien, die sich durch die Nähe zu den Quartieren und Nachbar*innenschaften sehr für diese notwendigen Beteiligungen eignen. Daher liegt auch eine besondere Verantwortung für die Umsetzung unserer Forderungen bei den Orts- und Stadtbezirksräten.

K4

K4 - Trinkbrunnen für alle hannoverschen Schulen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst
Weiterleitung an: SPD-Regionsfraktion,
SPD-Stadtratsfraktion Hannover, SPD-Stadtverband,
SPD-Unterbezirk

Antragstext:

Wir fordern, dass in allen Schulen in der Region Hannover bis zum Jahresende Trinkbrunnen aufgestellt und schon vorhandene, defekte Trinkbrunnen repariert werden.

Begründung:

An vielen normalen Waschbecken können sich Schüler*innen ihre Trinkflaschen nicht mit Leitungswasser auffüllen, durch spezielle Trinkbrunnen wird dies ermöglicht. Außerdem werden an Schulkiosks meist Softdrinks/Säfte und Wasser verkauft, wobei die Wahl der Schüler*innen durch den geringen Preisunterschied eher auf die ungesunden Softdrinks/Säfte fällt. Wäre das Wasser kostenlos, würden die Schüler*innen ihren Durst meistens mit Wasser stillen und sich seltener ungesunde Getränke kaufen. Die Sommer werden durch den Klimawandel auch immer wärmer und deshalb ist es besonders wichtig, viel zu trinken, vor allem, da inzwischen viele hannoversche Schulen Ganztagschulen sind und die Schüler*innen nicht genug Getränke für einen ganzen Tag zusätzlich zu den benötigten Schulsachen mitnehmen können. Der Bedarf an Trinkbrunnen ist da, denn in fast jedem „Pimp Your Town!“-Planspiel, fordern die Schüler*innen Trinkbrunnen in ihre Schulen.

Organisationspolitik (O)

Verkehr (V)

V3	V3 - Für ein besseres Stadtleben – Mobilitätskonzept zur Kommunalwahl 2021 schaffen
	Antragsteller*innen: Jusos Südstadt Bult Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Unterbezirksvorstand

Antragstext:

Wir fordern die SPD dazu auf, ein umfangreiches, eigenes Mobilitätskonzept zur Kommunalwahl 2021 aufzustellen. Dieses soll eine klare Vision zeichnen, wie wir uns die Mobilität der Zukunft in Region, Stadt und auch in den einzelnen Quartieren vorstellen.

Begründung:

Die Themen Verkehr und Mobilität prägen die Debatte um die Stadt der Zukunft, wie kaum ein anderes. Fest steht: Angesichts des voranschreitenden Klimawandels muss auch in Hannover der Autoverkehr stark reduziert werden. Zugleich sind viele Menschen für Beruf und Freizeit aufgrund eines Mangels an guten Alternativen noch immer auf ihr Auto angewiesen. So verhärten sich die Fronten in einem Kulturkampf um die Ausgestaltung der Verkehrswende. Hier muss die SPD als Volkspartei aktiv, gestalterisch auftreten und aufzeigen, wie Mobilität für alle in Zukunft gelingen kann. Doch bislang fehlt eine solche Vision und anstatt großer Projekte wird höchstens an kleinen Stellschrauben gedreht. Deshalb fordern wir die zuständigen Ebenen auf, hier bis zur Kommunalwahl 2021 nachzubessern und zu zeigen, dass die SPD eine Partei des Fortschritts ist und nicht nur der verlängerte Arm der Verwaltung.

V4

V4 - Standardausstattung von Kreuzungen und Querungen entlang der Velorouten

Antragsteller*innen: Jusos NordOst
Weiterleitung an: SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass standardmäßig an allen Kreuzungen und Querungen entlang der Velorouten Ampeltrittbretter aufgestellt (min. aber Ampelgriffe) sowie Verkehrsspiegel angebracht werden. Des weiteren sollen die Ampeltrittbretter zur Abtrennung von Fuß- und Radwegen anstelle von Pollern benutzt werden.

Begründung:

Die Velorouten sind ein neu geplantes Verkehrskonzept, bei dem aus den Randgebieten Hannovers zwölf gut ausgebaute und sichere Radwege als Schnellverbindungen in die Innenstadt geschaffen werden. Diese sollen auch besondere Vorfahrtsregelungen bekommen und Kreuzungen reduzieren oder sogar vermeiden.

Wenn diese Routen dennoch größere Straßen kreuzen, sollten zum einen Verkehrsspiegel angebracht werden. Verkehrsspiegel ermöglichen rechtsabbiegenden Autos einen zusätzlichen Blick nach hinten, sodass der tote Winkel, durch den häufig Radfahrer*innen übersehen werden, vermieden wird. Das ist gerade entlang der Velorouten wichtig, da diese als Schnellverbindungen ausgeschrieben werden und die Nutzer*innen also teilweise ziemlich schnell unterwegs sein werden.

Außerdem können Ampeltrittbretter und -griffe sinnvoll sein, um zum einen mehr Personen durch den höheren Komfort zum Radfahren zu motivieren und zum anderen die Sicherheit der Radfahrer*innen zu verbessern. Sobald an einer Kreuzung Ampeltrittbretter/-griffe sind, bremsen mehr Personen an einer gelb werdenden Ampel ab, anstatt noch schnell drüber zu fahren. Zusätzlich werden Autofahrer durch solche Hilfsmittel unterbewusst an den möglichen Radverkehr erinnert.

Sofern genug Platz am Rande der Radwege an Ampeln vorhanden ist, sollten Ampeltrittbretter den Ampelgriffen bevorzugt angewendet werden, da diese zum einen nicht direkt an der Ampel befestigt werden, sodass der kreuzende Verkehr an den meisten Kreuzungen besser durchfahren kann, zum anderen bieten Ampeltrittbretter mehreren Personen gleichzeitig Platz. Ampeltrittbretter haben außerdem den Vorteil, dass man sich nicht zwingend festhalten muss, sondern ein Abstützen mit dem Fuß reicht, und so Kontaktflächen vermieden werden, was nicht nur während Corona, sondern auch zum

Schutz vor anderen Krankheiten wichtig ist. Des weiteren können Ampeltrittbretter an Stelle von Pollern verwendet werden, um Rad- und Gehweg voneinander abzutrennen. Dies beugt Unfällen durch unvorsichtiges Überqueren von Radwegen durch Fußgänger vor. Dadurch, dass große Kreuzungen von vornherein umgangen werden, entstünden auch geringere Kosten in der Ausstattung der betroffenen Ampeln. Hauptvoraussetzungen für den Erfolg der Velorouten sind, neben der Schnelligkeit, Sicherheit und Bequemlichkeit. Da die Velorouten als Alternative zum Autoverkehr gedacht sind, sind auch v. a. Investitionen in diesen Bereichen wichtig.

W1

W1 - Förderung von Vereinen bei der Finanzierung von Tartanbahnen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst
Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion Hannover,
SPD-Stadtverbandsparteitag

Antragstext:

Wir fordern, dass drei Leichtathletik Vereine in Hannover bei der Finanzierung von Tartanbahnen über die reguläre Förderung hinaus unterstützt werden, analog dem Kunstrasenprogramm der Stadt Hannover.

Begründung:

Eine Tartanbahn ist eine Rundlaufbahn aus Gummi, wird für Leichtathletik benutzt und kann vier bis acht Rundbahnen haben. Für eine vierspurige Bahn werden 5000m², für eine sechsspurige Bahn 6000m² und für eine achtspurige Bahn 7200m² Tartanbelag benötigt. Ein Quadratmeter kostet hierbei 22€ bis 35€. Dazu kommen Baukosten, sowie Kosten für zwei Tragschichten und Entwässerung des Sportplatzes etc. Somit wird der Bau einer Rundlaufbahn mit Tartanbelag, der für Trainingszwecke in der Leichtathletik benötigt wird, sehr teuer. Viele Sportvereine können den Eigenzuschuss nicht zahlen, da dies ein recht großer Anteil an den Gesamtkosten ist. Vor allem in Städten wie Hannover können sich viele Vereine den Bau einer Tartanrundlaufbahn nicht leisten, obwohl fast jeder Fußballverein inzwischen einen Kunstrasenplatz hat, der grob das Doppelte bis Dreifache einer Tartanbahn kostet. In den umliegenden kleinen Gemeinden hat fast jeder Verein eine Tartanrundlaufbahn, nur in Hannover müssen Sportler*innen pendeln, denn es gibt nur am Maschsee im Sportpark das Erika-Fisch-Stadion, dass zu bestimmten Trainingszeiten von Vereinen genutzt werden darf, und das Sportleistungszentrum, eine Halle mit einer 200m langen, vierspurigen Tartanrundbahn, in dem man noch seltener trainieren kann, da es einen Großteil der Zeit für Kaderathlet*innen und ihre Trainingspartner*innen reserviert ist. Ansonsten muss man z.B. nach Langenhagen, Altwarmbüchen oder Misburg pendeln. In der Region Hannover gibt es deutlich mehr Tartanplätze als in der Stadt Hannover. Manche Disziplinen, wie z.B. Hürdenlauf können auf Aschebahnen gar nicht trainiert werden, da alle Wettkämpfe auf Tartan stattfinden und der Anlauf aus dem Startblock an die erste Hürde von der Laufgeschwindigkeit abhängt. Da das Tempo wiederum vom Bahnbelag abhängt, passt dann der im Training trainierte Anlauf nicht und die Athlet*innen müssen den Lauf abbrechen. Für Trainingszwecke würden auch vier Bahnen reichen, denn wenn nicht alle

Leichtathlet*innen Hannovers auf einer Bahn trainieren müssen, kommen die Vereine auch gut mit weniger Rundbahnen aus.

Zusätzlich können dann Schulen die Plätze nutzen und besseren Schulsport anbieten. Viele Schüler*innen stellen diesen Antrag ebenfalls im Rahmen von „Pimp Your Town!“-Planspielen. Des Weiteren werden meistens Sportplätze erneuert, auf denen kein Training mehr möglich ist, da sie zu kaputt oder bewachsen sind. Solche Probleme entstehen, wenn Plätze nicht gut gepflegt werden, ansonsten können Sportplätze viele Jahrzehnte genutzt werden. Sportplätze, die schlecht gepflegt werden, werden also besonders oft erneuert, aber gut gepflegte Plätze, auf denen der Tartanbelag besonders lange nutzbar bleiben würde, werden deutlich seltener erneuert. Außerdem ist es wichtig, dass sich vor allem Kinder und Jugendliche viel bewegen, was nur gelingt, wenn der Spaß an Bewegung bleibt (auf Aschebahnen kann man nur deutlich langsamer laufen als auf Tartanbahnen) und die Sportanlagen sicher sind (vor allem nach Regenfällen bilden sich durch Nutzung der Aschebahn Löcher auf der Innenbahn und, wenn man stürzt, entzünden sich die Wunden durch die kleinen Aschesteinchen, was bei Gummibelag beides nicht der Fall ist). Des Weiteren können nur Vereine mit Tartanrundlaufbahn Laufwettkämpfe ausrichten, da die Laufzeiten auf Aschebahnen so erheblich langsamer sind, dass außer in der Kinderleichtathletik keine Athlet*innen teilnehmen, genauso wie Fußballturniere/-spiele auch nur auf Rasenplätzen stattfinden können und nicht auf Asche. Dadurch verdienen Vereine kaum Geld und können somit auch nicht für eine Tartanbahn sparen. Deshalb sollen in Hannover noch mindestens drei Tartanplätze gebaut werden, an deren Kosten die Vereine nur minimal beteiligt werden. Die Stadt Hannover soll dafür eine Ausschreibung veröffentlichen, sodass sich verschiedene Vereine dafür bewerben können. Bei der Auswahl soll darauf geachtet werden, dass die Plätze gleichmäßig über Hannover verteilt werden.

<h1>S1</h1>	<h2>S1 - Ausnahmeregelungen für den Paintballsport</h2>
	Antragsteller*innen: Jusos Seelze Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Antragstext:

Hiermit fordern wir eine Ausnahmeregelung für den Paintballsport, durch Änderung des § 12 Abs. 4 Nr. 1 WaffG. Zukünftig soll die Mündungsgeschwindigkeit der Paintballs beim Verlassen des Laufs auf das Internationale Standardmaß (rund 300 FPS (Fuß pro Sekunde) somit mehr als 7,5 Joule) angehoben wird.

Begründung:

Paintball ist ein unfassbar schöner Team- und Laufsport und zurzeit beliebt wie nie. Leider legt das Waffengesetz in Deutschland diesem Sport viele Fesseln an sowohl beim Transport der Ausrüstung als auch bei der Handhabung und der Schussgeschwindigkeit. In Deutschland dürfen Paintballs („Paint“, die Munition) beim Verlassen des Laufes maximal 214 FPS bzw. 234 km/h haben. Bei dieser geringen Geschwindigkeit funktionieren aber leider viele Markierer nicht richtig und die „Paint“ fliegt nur auf kur- zen Distanzen genauer. Das sorgt im Sport für viel Frust und Resignation, weil im Ausland (Beispiel: Niederlande, Polen, Österreich, Schweiz und Tschechien) mit bis zu 300 FPS bzw. 329 km/h gespielt werden darf.

Natürlich sind Sicherheitsregeln und Gesetze im Paintball Sport mehr als wichtig damit keine Gefährdung entsteht, wenn man aber bedenkt, dass jeder ab 18 Jahre völlig Legal eine Armbrust oder einen Bogen mit der dazugehörigen Munition kaufen und besitzen darf und selbst im Fußball mehr Unfälle passieren als im internationalen Paintballsport zusammen wirft das die Frage des Sinns solcher Beschränkungen auf.

Eine Sonderregelung für den Paintballsport würde sowohl dem Sport helfen die Funktion der Markierer sicherstellen als auch Deutschland für diesen internationalen Sport interessanter machen und dass ohne signifikante Erhöhung des Verletzungsrisikos.

S2

S2 - Gebt das Hanföl frei!

Antragsteller*innen: Jusos Nordstadt
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz,
Juso-Unterbezirksvorstand, S&D Fraktion im Europäischen
Parlament, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag,
SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion,
SPD-Unterbezirksparteitag

Antragstext:

Wir Jusos fordern, dass die EU-Kommission ihre Pläne, natürliches CBD als Betäubungsmittel zu behandeln, umgehend einstellt. Stattdessen sollte eine Regulierung von CBD-Produkten angestrebt werden, die den Schutz der Verbraucher*Innen und ihrer Gesundheit sicherstellt, ohne ihnen den Zugang zu dem pflanzlichen Produkt zu erschweren.

Begründung:

Bei natürlichem CBD (Cannabidiol) handelt es sich um einen Wirkstoff, der aus Blüten der Hanfpflanze gewonnen wird, aber im Gegensatz zu THC keine psychoaktive Wirkung hat. Allerdings kann CBD zur Linderung von Schmerzen, Nervenleiden und zu kosmetischen Zwecken eingesetzt werden.

Zur Zeit wird eine bunte Reihe an CBD-haltigen Produkten vertrieben, deren Zulassungsstatus zum Teil ungeklärt ist. Bestrebungen der Hersteller, ihre Produkte bei der EU zuzulassen, verliefen bisher im Sande. Die rechtliche Handhabung in Deutschland wird von den Bundesländern sehr uneinheitlich vorgenommen, hier treibt der Föderalismus wieder einmal seltsame Blüten. Einige Drogeriemärkte und Apotheken führten eine zeitlang CBD-Produkte, nunmehr findet man sie vor allem im Online-Handel und speziellen Hanfgeschäften.

Die EU-Kommission vertritt momentan die Ansicht, "dass CBD, welches aus den Blüten und Fruchtständen der Cannabis Pflanze (*Cannabis sativa* L.) gewonnen wird, als Betäubungsmittel gemäß des Einheitsabkommens über die Betäubungsmittel der Vereinten Nationen von 1961 behandelt werden sollten." Künstlich hergestelltes CBD wäre demnach unproblematisch.

Die aktuelle Position der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist jedoch, dass CBD nicht als Betäubungsmittel einzustufen sei, da es kein Missbrauchs- oder Abhängigkeitspotenzial zeigt und der geistige Zustand nach einer Einnahme nicht verändert wird.

Für uns Jusos ist klar: in Bezug auf das medizinisch nützliche CBD ist Prohibition ein noch größerer Irrweg als bei wirklichen Rauschmitteln. Wir fordern die SPD auf, sich für eine Regelung mit Augenmaß im Sinne der Verbraucher*innen einzusetzen.

S3

S3 - Waldersee umgestalten. Für lebendige Erinnerungspolitik in Hannover.

Antragsteller*innen: Jusos Nordstadt
Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion Hannover,
SPD-Stadtverband, SPD-Stadtverbandsparteitag

Antragstext:

Wir fordern die Landeshauptstadt Hannover auf, einen Künstler*innenwettbewerb zur Umgestaltung des Waldersee-Denkmal in der Hohenzollernstraße auszuschreiben und einen erfolgreichen Vorschlag umzusetzen. Das Denkmal, das aktuell noch unhinterfragt Generalfeldmarschall Alfred von Waldersee ehrt, soll durch die Umgestaltung zu einem Ort lebendiger Erinnerungspolitik und kritischen Umgangs mit der (deutschen) Kolonialgeschichte werden.

Begründung:

Alfred von Waldersee war als preußischer Offizier für die Niederschlagung des sogenannten „Boxer-Aufstands“ in China verantwortlich. Mit dem „Boxer-Aufstand“ wehrte sich die chinesische Bevölkerung gegen die europäischen, amerikanischen und japanischen Kolonialmächte. Auch Deutschland war mit dem „Pachtgebiet“ Kiautschou als Kolonialmacht in China aktiv. Der chinesische Aufstand gegen die Kolonialmächte führte zur brutalen Niederschlagung durch ein multinationales Truppenkontingent unter Führung Alfred von Waldersees.

Im Zuge der Debatte über Rassismus in unserer Gesellschaft ist auch die europäische Kolonialgeschichte wieder in den Vordergrund gerückt. Dabei sind koloniale Denkmäler zu Symbolen des stillschweigend akzeptierten, historisch verankerten Rassismus geworden. Auch in Hannover haben wir mit dem Waldersee-Denkmal ein solches Objekt. Als Jusos und als SPD kämpfen wir gegen Rassismus und Nationalismus – wie die SPD bereits um 1900, als sie an vorderster Stelle gegen die Kolonialpolitik des deutschen Reichs kämpfte. Wir sehen uns deshalb auch einer antirassistischen Erinnerungspolitik verpflichtet, die Denkmäler für Kolonialoffiziere nicht einfach stehen lässt, sondern zu einem Ort der kritischen Auseinandersetzung macht. Mit dem beantragten Künstler*innenwettbewerb würde Hannover auf eine Beteiligung der Kulturszene setzen und sich gleichzeitig als progressive Großstadt zeigen, die eine weltweit aktuelle Debatte auf ihre Stadt überträgt. Die Umgestaltung des Denkmals würde so auf ein Kapitel unserer Geschichte aufmerksam machen, das vielen Menschen immer noch kaum bewusst ist.

<h1>U1</h1>	<h2>U1 - Tiertransporte in der EU stoppen!</h2>
	Antragsteller*innen: Jusos Springe Weiterleitung an: SPD-Stadtratsfraktion Hannover, SPD-Stadtverband, SPD-Stadtverbandsparteitag

Antragstext:

Wir fordern, „Nutz“-Tiertransporte in der Europäischen Union auf das Mindestmaß zu reduzieren. Ebenfalls fordern wir die Niedersächsische Landesregierung und die Landtagsfraktion dazu auf, sich verstärkt mit der Reduzierung von Tierleid zu befassen.

Begründung:

Jedes „Nutz“-Tier wird mindestens einmal im Leben transportiert und zwar zum Schlachthof. So kommt das Fleisch nämlich auf den Teller! Das ist aber leider nur noch bei den wenigsten „Nutz“-Tieren die Realität. Da die Agrarindustrie sich immer mehr spezialisiert und viele Arbeitsschritte getrennt dorthin verlagert werden, wo sie den höchsten Gewinn erbringen. Die Industrielle Zucht, Haltung und Mast wird dort konzentriert, wo Futter- und Lohnkosten niedrig sind und die Tierschutzstandards nicht relevant sind. Ferkel werden in den Niederlanden geboren, in Spanien gemästet und in Italien geschlachtet. Alle „Nutz“-Tiere werden transportiert, jedoch vor allem Schweine, Rinder, Pferde, Schafe, Ziegen, Geflügel und Fische. In etwa 92 % der Fälle wird der Transport der meisten Tiere mit LKWs durchgeführt. Im Jahr 2016 wurden alleine 350.000.000 in Deutschland geborene Nutztiere ins Ausland transportiert. Im letzten Jahr wurden alleine 80.000 Rinder aus Deutschland ins außereuropäische Ausland (meistens Usbekistan) transportiert. Insgesamt werden jedes Jahr rund 1.400.000.000 Tiertransporte in ganz Europa durchgeführt. Meistens werden die gleichen „Nutz“-Tiere 2-3 Mal in ihrem Leben quer durch die EU transportiert.

Seit 2007 ist die EU-Verordnung 2005/01 ins Kraft. Diese sieht vor allem das Tierwohl bei Tiertransporten als schützenswert an. Leider greifen die Mitgliedsstaaten hier bei den Strafen, für die jeder Mitgliedsstaat selbst verantwortlich ist, viel zu selten durch. Die Tatsache das bei Tiertransporten Emmens hohe Emissionen anfallen und dies in Anbetracht des Klimawandels zu verhindern gilt, lassen in diesem Antrag vorerst unbeachtet. Das Land Niedersachsen und die Landkreise Aurich, Emsland und Oldenburg nehmen bei diesem Thema eine besonders traurige Stellung ein, da hier die Abfertigung von Tiertransporten in Drittländern mit Abstand auf dem Niveau in der Bundesrepublik ist.

U3

U3 - Schwarzer Kunststoff raus aus den Marktregalen

Antragsteller*innen: Jusos Nordstadt
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz,
SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag,
SPD-Landesparteitag, SPD-Regionsfraktion,
SPD-Stadtverbandsparteitag

Antragstext:

Wir fordern mehr staatliche Beschränkungen für die Verwendung von nicht recycelbaren Kunststoffen. Als ersten Zwischenschritt sollte der freie Gebrauch von schwarzen Kunststoffen verboten werden, da dieser aktuell nicht vollständig recycelbar ist. Gleichzeitig befürworten wir eine größere Unterstützung von der Forschung an technologischen Verbesserungen im Recyclingprozess.

Begründung:

Im Jahr 2019 wurden in Deutschland nur 42% der Kunststoffabfälle recycelt und wieder im Sinne der Kreislaufwirtschaft verwertet. Einen nicht zu ignorierender Anteil daran haben Kunststoffe der Farbe schwarz. Diese Verpackungen können aufgrund der bisher fehlenden technischen Möglichkeiten nicht von anders farbigen Kunststoffen getrennt werden und landen dann meist in der thermischen Verwertung. Somit haben sie keine Chance ressourcentechnisch wiederverwertet zu werden. Da Kunststoff in der Produktion viele Wertstoffe benötigt, bei denen die Grundlage zumeist verarbeiteter Erdöl ist. Also nicht sehr nachhaltig. Da zudem der Energieaufwand der Produktion enorm ist, sollte gerade hier auf eine sinnlose Entsorgung verzichtet werden. Da die schwarzen Kunststoffverpackungen in der Supermarktpalette vor allem aus Design und Werbegründen benutzt werden, müssen hier die Erzeuger in die Pflicht genommen werden, diese aus dem Sortiment zu nehmen und bis eine bessere Trennung möglich ist auf schwarzen Kunststoff verzichten. Es gibt zwar schon Technologien, die eine Trennung ermöglichen. Jedoch befinden sich diese noch im Entwicklungsstadium und werden bei abgeschlossener Entwicklung erst nach und nach herkömmliche Trennanlagen ersetzen. Dies wird noch Jahre benötigen.

Um bis dahin nicht noch mehr Kunststoffe unnötig der Kreislaufwirtschaft zu entziehen und damit Ressourcen zu verschwenden, fordern wir, dass Verpackungen und Einmalprodukte mit schwarzen Kunststoffanteilen, bei denen die schwarze Farbgebung nicht nachweisbar eine Notwendigkeit besitzt, verboten werden.

U4

U4 - Bepflanzung von Flachdächern

Antragsteller*innen: Jusos Springe

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Antragstext:

Die Landesregierung wird beauftragt, die Begrünung der Dächer von Bushaltestellen und Bahnanlagen sowie weiterer geeigneter Dachflächen des Landes Niedersachsen zu planen und durchzuführen beziehungsweise auszuschreiben. Falls es notwendig ist, soll das Land dabei den Kontakt zur Deutschen Bahn sowie anderen Betreibern und Betreiberinnen beziehungsweise Inhabern und Inhaberinnen auf suchen.

Begründung:

Im Zuge des Klimawandels und den damit in Verbindung stehenden Folgen, wie beispielsweise dem Bienensterben, sind nachhaltige und gut durchsetzbare Lösungen dringend gefordert. Vor allem in vielen deutschen Großstädten fehlt es an Grünflächen, da die Erschließung eben dieser durch den Mangel an freien Plätzen massiv erschwert wird. Allerdings zeichnet sich ein ähnliches Problem auch in kleineren Städten ab. So weichen grüne und verschieden bepflanzte Gärten immer mehr modernen Steingärten. Wieso also nicht den Platz nutzen, den man sowieso schon, in Form von Bushaltestellendächern hat und einfach fürs Klima nutzen. In Hannover existieren bereits einige wenige Bushaltestellen, deren Dächer als Blühstreifen genutzt werden. Ein weiteres positives Beispiel wäre die Stadt Utrecht in den Niederlanden. Hier wurden insgesamt 300 Bushaltestellendächer mit großer Zufriedenheit der Bürger bepflanzt, da es neben den Umweltaspekten auch das Stadtbild verschönert hat. Dieses Konzept sollte somit in jedem Fall in ganz Niedersachsen etabliert, wenn nicht sogar noch verbessert werden, in dem man nicht nur Bushaltestellen, sondern auch andere Dächer sucht, auf denen man solche Blühstreifen installieren könnte. Denkbar wären beispielsweise Schulen oder Sporthallen, welche noch über ein Flachdach verfügen.

U5

U5 - Sozial gerechte CO2-Bepreisung durch einen nationalen Mindestpreis im Emissionshandel

Antragsteller*innen: Jusos Südstadt-Bult
Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz,
Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Bundesparteitag

Antragstext:

Wir fordern die umgehende Einführung eines nationalen CO2-Mindestpreises von 40€/t, der mindestens die derzeit im Rahmen des EU-Emissionshandels (EU-ETS) erfassten Unternehmen der Energiewirtschaft (Kraftwerksbetreiber) erfasst. Dieser CO2-Mindestpreis steigt bis zum Jahr 2050 linear auf 180€/t an. Zusätzlich zum Erwerb der CO2-Zertifikate muss die Differenz zum CO2-Mindestpreis abgeführt werden, wahrscheinlich bestenfalls als Steuer auf die Nutzung von Emissionszertifikaten. Sämtliche Einnahmen werden wie folgt verwendet:

1. Sämtliche Letztverbraucher mit Ausnahme der Haushaltskunden (Standardlastprofil H0) bekommen die Einnahmen anteilig ihres Stromverbrauchs am deutschen Gesamtverbrauch jährlich zurückerstattet.
2. Stromkostenintensive Unternehmen erhalten die Rückerstattung nach 1. nur für solche Strommengen, für die keine Reduzierung der EEG-Umlagepflicht nach der besonderen Ausgleichsregelung (BesAR) nach § 64 EEG 2017 in Anspruch genommen wurde. Damit besteht eine Wahlmöglichkeit zwischen der in 1. erwähnten Rückerstattung oder der BesAR.1
3. Der nach Abzug der Rückerstattung aus 1. verbleibende Betrag wird jährlich in gleicher Höhe pro Kopf als Energiefreibetrag an jede*n Bundesbürger*in zurückgezahlt.

Die Einführung des Mindestpreises soll an folgende Maßnahmen gekoppelt werden:

1. Indem rechtliche und sonstige Hürden abgebaut werden, die einer industriellen Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien im Rahmen von Corporate-PPAs im Wege stehen, wird energieintensiven Industrien ermöglicht, ihre Stromkosten weiter zu reduzieren und zugleich aktiv zum Ausbau der erneuerbaren Energien beizutragen.
2. In der Vergangenheit wurde die Befreiung von der EEG-Umlagepflicht (BesAR) auf eine Vielzahl von Unternehmen ausgedehnt, darunter zahlreiche Unternehmen, bei denen gar keine Gefahr von „Carbon Leakage“ besteht. Diese Befreiungen gingen und gehen hauptsächlich zulasten der privaten Haushalte. Nur in einzelnen Branchen (z.B. der Stahlindustrie), bei der akut ein Verlust der Wettbewerbsfähigkeit droht, wäre auch künftig eine zusätzliche Kompensation berechtigt. Ergänzend sind Grenzausgleichsteuern zu prüfen; diese werden im Rahmen des „European Green Deal“ bereits auf EU-Ebene in Erwägung

3. Hemmnisse für den Ausbau der erneuerbaren Energien werden beseitigt, insbesondere Mengenbegrenzungen und die restriktive Regulatorik, die den Ausbau der Windenergie hemmt.
4. Mit den Strukturfördermitteln im Rahmen des Kohleausstiegs werden gut ausgestattete Neuqualifizierungsprogramme für ehemalige Beschäftigte in der Braunkohleindustrie aufgelegt.

Begründung:

In der Energiewirtschaft liegt nach wie vor das größte, unmittelbar zu realisierende Klimaschutzpotenzial. Sie ist der einzige Sektor, der zur Senkung der deutschen Treibhausgas-Emissionen im Jahr 2019 beigetragen hat. Experten gehen davon aus, dass in diesem Sektor ein CO₂-Preis von 40€/t, der bis 2030 auf 90€/t ansteigt, Emissionseinsparungen von 200 Mio. t CO₂/Jahr bewirken würde. Der gleiche CO₂-Preis würde im Gebäudebereich nur 27, im Verkehr nur 8 Mio. t CO₂/Jahr an Einsparungen bewirken. Maximal sozial gerecht wäre die Einführung eines Energiefreibetrags (Rückzahlung bei Haushaltskunden pro Kopf, bei gewerblichen Kunden abhängig vom Verbrauch), der durch einen nationalen CO₂-Mindestpreis für die Energiewirtschaft refinanziert würde: Unternehmen der Energiewirtschaft zahlen die Differenz von Mindestpreis und Zertifikatspreis im EU-ETS in Form einer Steuer auf die Zertifikate. Die Sozialverträglichkeit bei gleichzeitiger Effektivität liegt daran, dass die Technologien zur CO₂-Vermeidung im Stromsektor – regenerative Energieträger – zu sehr günstigen Kosten zur Verfügung stehen. In keinem anderen Sektor sind die CO₂-Vermeidungskosten so niedrig, weshalb dort sozialverträglicher Klimaschutz eher mit Ordnungsrecht und Investitionen operieren müsste. Die vorgeschlagene CO₂-Bepreisung im Energiesektor führt stattdessen sogar zu einer Entlastung der Haushaltkund*innen und großer Teile der Industrie und bewirkt eine stark progressive Umverteilung.

Zu erwarten ist:

1. Die Börsenstrompreise steigen, was zugleich die EEG-Umlage deutlich senkt und damit die niedrigen Stromgestehungskosten der erneuerbaren Energien endlich an die Endkund*innen weiterleitet („EEG-Paradoxon“). Die sinkende EEG-Umlage stärkt das EEG und eröffnet Möglichkeiten, das Förderregime wieder zu stärken.
2. Durch die Angleichung der Grenzkosten verschiedener Kraftwerkstechnologien (Gas wird weniger belastet als Braunkohle), steigt die Konsumentenrente zulasten der Produzentenrente. Es kann eine Netto-Entlastung der Verbraucher*innen erzielt werden, da Überrenditen der Energiewirtschaft (aktuell auf Kosten des Klimas) abgebaut
3. Der ansteigende Mindestpreis schafft Planbarkeit und Investitionssicherheit. Anderweitig angereizte Emissionseinsparungen (z.B. durch Ausbau der EE durch das EEG) gehen nicht zulasten der Anreizwirkung, da der Mindestpreis den Verfall der Zertifikatspreise
4. Durch die Pro-Kopf-Rückerstattung als Energiefreibetrag, werden Endverbraucher*innen an das Konzept der aufkommensneutralen CO₂-Bepreisung gewöhnt. Die Stromkostensenkung durch den Freibetrag geht jedoch nicht zulasten des Stromsparanreizes, da die Arbeitspreise weitestgehend unverändert Geringverbrauchende werden stärker entlastet, als Vielverbrauchende. Weiterhin

beseitigt man die potenzielle Ungerechtigkeit, dass Braunkohlekraftwerksbetreiber weniger für CO₂-Verschmutzung bezahlen müssen, als dies von Pendlern*innen im rigiden Nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen ab 2021 verlangt wird.

5. Der CO₂-Mindestpreis bewirkt je nach Preispfad einen Kohleausstieg bis 2030, spätestens 2032 und ist eine sinnvolle Ergänzung zum ordnungsrechtlichen Ausstieg. Die Möglichkeit höchst ungerechter Entschädigungen für Uralt-Kraftwerke sinkt massiv. Die Einführung eines Mindestpreises kann erfolgen, ohne dass die Zieldaten des Kohlekompromisses verändert werden müssen.

Fazit: Der vorliegende Vorschlag hat das Potenzial, die klimapolitische Misere der SPD zu durchbrechen. Kein anderer politischer Vorschlag hat das Potenzial, derart schnell die deutschen Treibhausgas-Emissionen zu senken. Die Energiewende würde neu dynamisiert werden, indem man die fossile Energiewirtschaft politisch isoliert. Die Kernergebnisse der „Kohlekommission“ in den Bereichen Strukturwandel und Beschäftigung werden nicht angetastet. Sehr wohl würde sich die SPD aber ihrer historischen Verantwortung stellen und das Marktversagen viel zu niedriger Zertifikatspreise ohne Lenkungswirkung im von ihr 2005 eingeführten EU-ETS zu beseitigen. Durch die unmittelbare Verknüpfung von progressiver Verteilungswirkung und Klimaschutz könnten von links bis in die grüne Mitte Glaubwürdigkeit und perspektivisch Wähler*innen zurückgewonnen werden.

INI 2

INI 2: Kein Platz dem Faschismus! Für eine weltoffene Region Hannover.

Antragsteller*innen: Jusos Burgdorf

348. Das ist Anzahl der (versuchten) Morde durch Rechtsradikale in Deutschland seit 1971. Hinzu kommen tausende Brandanschläge, hunderte Raubüberfälle, Sprengstoffanschläge, Erpressungen und Entführungen. Rechte Gewalt ist in Deutschland Realität. Im vergangenen Jahr tötete ein Neonazi den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Eine jüdische Gemeinde in Halle konnte an 9. Oktober 2019 nur durch fest verschlossene Synagogentüren vor einem Anschlag geschützt werden. Am 19. Februar 2020 wurden neun Menschen mit Migrationshintergrund in Shisha-Bars ermordet. Der Täter hinterließ ein von Rassismus und Verschwörungstheorien gezeichnetes Manifest. Immer wieder erreichen uns Nachrichten von rassistisch motivierten Gewalttaten und Morden. Nach dem Anschlag heißt es, nun müsse sich etwas ändern. Nach Kassel hieß es das auch. Nach Halle. Als wären die Vertreter*innen der selbsternannten „Mitte“ jedes Mal wieder darüber überrascht, dass es rechte Gewalt gibt.

Unsere Gesellschaft war nie frei von rechtem Gedankengut und rechter Gewalt. Spätestens nach der NSU-Mordserie hätte die Gefahr, die vom rechten Terror ausgeht, und die Vernetzung der Szene allen klar sein müssen – auch den Sicherheitsbehörden. Über sieben Jahre lang konnten der „Nationalsozialistische Untergrund“ nahezu ungestört morden. Die Sicherheitsbehörden verdächtigten zunächst einmal die Angehörigen der Opfer und die Presse bediente sich dem Rassismus, indem sie von „Dönermorden“ berichtete. Die Geschichte rechter Gewalt in Deutschland ist auch eine Geschichte vom Versagen der Sicherheitsbehörden.

Durch das Erstarken der AfD haben die rechtsradikalen, neofaschistischen und rassistischen Netzwerke und Einzelpersonen, die es bereits zuvor gab, auch eine parlamentarische Vertretung bekommen. Verschwörungstheorien wie die vom „Großen Austausch“, die auch der Attentäter von Hanau in seinem Manifest wiedergab, werden plötzlich vom Vorsitzenden der drittgrößten Bundestagsfraktion wiedergegeben. Björn Höcke, der offiziell als „Faschist“ bezeichnet werden darf, fordert eine erinnerungspolitische Kehrtwende um 180 Grad, marschierte zusammen mit Neonazis in Chemnitz, sprach von „entarteten Altparteien“ und ist außerdem Vorsitzender der zweitstärksten Kraft im Thüringer Landtag. Die faschistische Rhetorik aus den Plenarsälen bekräftigt Rechtsterrorist*innen in ihrem Irrglauben, sie hätten die wahre Mehrheit hinter sich und der Untergang des verhassten demokratischen Systems stehe kurz bevor. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil hat Recht, wenn er sagt, dass die AfD die rechten Gewalttäter*innen unterstützt.

Doch die AfD motiviert nicht nur Rechtsradikale zur Gewalt, sie spaltet auch die demokratische Parteienlandschaft. In Thüringen hat sich gezeigt, wieviel die „Abgrenzung“

der CDU und FDP von Björn Höckes AfD wert waren: Lieber haben sie einen FDP-Ministerpräsidenten von Gnaden der AfD gewählt, als einem linken, demokratischen Ministerpräsidenten ihre Stimmen zu geben. In der Stunde, in der sich die selbst ernannte Mitte zwischen linken Demokrat*innen auf der einen und Faschist*innen auf der anderen Seite entscheiden musste, ist die Brandmauer gerissen. Das ist auch das Ergebnis einer absurden Extremismustheorie, die durch die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus am Ende vor allem eines erreicht: Rechte Ideologie und rechte Taten zu relativieren! Eine solche Extremismustheorie, wie sie von Vertreter*innen der „bürgerlichen Mitte“ immer wieder vorgebracht wird, lehnen wir ab.

Doch das Liebäugeln mit den Faschist*innen ist nicht auf Thüringen beschränkt. Auch in der Region Hannover scheitert die CDU an der Abgrenzung nach rechts. In Burgdorf beispielsweise verbreitet der CDU-Ratsherr und bis vor kurzem stellvertretender Bürgermeister Mirco Zschoch sexistische, homophobe und rassistische Positionen über seine Social Media Profile. Er ist außerdem der Vorsitzende der Werte Union in der Region Hannover sowie Stellvertreter in Niedersachsen und sein politisches Wirken somit nicht auf Burgdorf beschränkt. Das Fass zum Überlaufen brachte sein Kommentar zur Thüringen-Wahl: „Freiheit statt Sozialismus. Ein guter Tag für Thüringen“.

Die Jusos vor Ort, die seinen Rücktritt forderten, waren und sind schweren Anfeindungen in sozialen Medien und auf anderen Wegen ausgesetzt. Sie wurden als „Gruppe mit weniger Mitglieder als Buchstaben“ bezeichnet. Ähnlich erging es den Jusos Burgwedel, als sie den CDU-Vorsitzenden von Burgwedel-Fuhrberg für seine Postings und seine Sympathie für AfD-Positionen kritisierten. Sie wurden als „lächerliche Studentenbande“ bezeichnet und ihnen wurde mit rechtlichen Konsequenzen gedroht. Auch gegen engagierte Sozialdemokrat*innen in der Stadt wurden regelrechte Hetzkampagnen von Rechts gefahren.

Für junge Genoss*innen, die in ihrer Kommune gegen Rechts kämpfen wollen, wird der Wind also rauer. Das bedeutet auch für die Kommunalwahlen 2021, dass es noch schwieriger wird, Jusos als Kandidat*innen zu gewinnen. Wer möchte schon kandidieren, um sich dann von einer alten, rechten Männerriege attackieren zu lassen? Viel zu oft kommt auch sexistisches Verhalten dazu, sodass junge Frauen* doppelt vom kommunalpolitischen Engagement abgeschreckt werden. Und es ist zu befürchten, dass die Attacken vor den Kommunalwahlen noch härter ausfallen werden.

Deshalb müssen wir bereits jetzt die Initiative ergreifen und uns jedem rechten Gedankengut in der Region Hannover entgegenstellen. Die Attacken der CDU zeigen auch, dass sie nicht in der Lage sind, die Vorwürfe gegen Vertreter*innen ihrer Partei zu entkräften.

- Wir stehen für Solidarität mit unseren Genoss*innen, die in den Kommunen und Kommunalparlamenten gegen rechte Hetze kämpfen.
- Wir decken rechte Äußerungen auf – insbesondere dann, wenn sie von Vertreter*innen der sogenannten „Mitte“ kommen.
- Wir kämpfen dafür, dass sich alle Demokrat*innen von rechter Ideologie abgrenzen.
- Wir tragen antifaschistische Forderungen in die Kommunalwahlen 2021 und kämpfen auf allen Ebenen dafür.